60 Prozent fremdes Element. Einer der Leiter ist ein eifriger Vertreter des Chutorsystems von Stolypin. Kann dieser Apparat die Parteilinie durchführen? Nein, er kann es nicht. Wurde die Frage über den Personalbestand dieses Apparates aufgeworfen? Nein!

Die Gouv.-Verwaltung der Landwirtschaft ist dem Volkskommissariat der Landwirtschaft unterstellt. Im März 1927 erkennt das Kommissariat in einem Brief an den Leiter der Gouv.-Verwalter der Landwirtschaft an, daß die Arbeit dieser Verwaltung befriedigend sei und bemerkt besonders, daß der Personalbestand dieser Verwaltung seiner Bedeutung entspricht und mit der Arbiet gut fertig wird. Im Oktober 1927 erkennt das Volkskommissariat in einer Resolution nach einem Bericht von der Gouvernements-Verwaltung die Richtigkeit der Richtlinien der Arbeit der landwirtschaftlichen Verwaltung an. Trotzdem in der Diskussion über den Bericht die Tätigkeit der Gouv.-Verwaltung der Landwirtschaft scharf kritisiert wurde, z. T. von dem damaligen Volkskommissar, Gen. A. P. Smirnoff.

Es muß festgestellt werden, daß neben dem Gouv.-Komitee der Partei auch die Zentralleitungen nicht auf der Höhe waren.

Die Kreditierung nach sozialen Gesichtspunkten war unzureichend, gegen 1925/26 teilweise verschlechtert. Das Gouv.-Komitee bemerkt es nicht. Am 31. Januar 1928, also nach dem XV. Parteikongreß, nahm das Gouv.-Komitee einen Bericht von der Gouv.-Landwirtschastsbank (Gebselbank) an, in welchem einige Verbesserungen in dieser Hinsicht zugegeben wurden. Diese Angaben wurden nicht kontrolliert. Und wie stand es um die Anleitung der zentralen Behörde, der Rosselbank (Russ. Landwirtschaftsbank)? Eine Revision der Tätigkeit der Gouv.-Landwirtschaftsbank fand im Oktober 1926 statt. In diesen Akten kann man alles finden: Aktiva und Passiva, Kassa, laufende Rechnungen, Debitoren und Kreditoren, aber **von der Kreditierung nach sozialen Gesichtspunkten ist fast nichts gesagt.** Und jetzt muß von der Rosselbank selbst eine Verschlechterung in dieser Hinsicht festgestellt werden. Die Rosselbank warf jedoch nirgends diese Frage auf. Welchen Wert haben denn diese Direktiven, Zirkulare usw., wenn keine konkrete Anleitungen und keine Verbesserungen dieser Fehler zu sehen sind?

Die Arbeit mit der Dorfarmut, mit dem parteilosen Aktiv, die Heranziehung der Frauen und Tagelöhner, all dies sieht laut den Berichten sehr schön aus. — **Aber nur auf dem Papier.** Die Durchführung der letzten Kampagnen im Dorf, diese erste Kontrolle, zeigt die ganze Faulheit dieses bürokratischen Glanzes.

Die letzte Kampagne zur Vorbereitung der Flachsbestellung ist ungenügend durchgeführt, der Plan ist nicht erfüllt. Die Selbstbesteuerung und die Bauernanleihe ist schlecht durchgeführt: **Steuern, die auf den wohlhabenden Teil des Dorfes fallen, sind nicht im vollen Umfange erhoben worden, während wir Fälle von Pfändung des Hausrates der Armen lächerlicher Summen wegen finden. (Für 65 Kop. wird die Kommode gepfändet, für 73 Kop. das Schaf aufgeschrieben usw.)** Die Privilegien der landwirtschaftlichen Besteuerung werden für die **Wohlhabenden** ausgenutzt, und eine Reihe anderer Verdrehungen der Klassenlinie, der Partei im Dorf, finden wir."

Eine Resolution des Präsidiums der ZKK. der WKP.

über dieselbe Angelegenheit besogt folgendes:

Das Präsidium des ZKP. der WKP. stellt fest:

„In der Smolenskischen Fabrik „Katuschka" mit 50 Prozent Kommunisten und Jugendgenossen in der Belegschaft, sind während einer Reihe von Jahren Verbrechen ungestraft gelassen worden: Mehrere Meister (Kommunisten und Parteilose), der Vorsitzende der Gouvernement-Abteilung des Holzarbeiterverbandes — Mitglied des Präsidiums der Gouv.-Gewerkschaft, ehemaliger Sekretär der Betriebszelle, nahmen **Bestechungsgelder von Arbeitern und Arbeiterinnen an und verübten eine Reihe von anderen kriminellen Verbrechen. Meldungen der Arbeiter über die im Betrieb verübten Verbrechen wurden von den Partei- und Verbandsorganisationen des Betriebes ignoriert, ebenso von den leitenden Organen im Bezirk und Gouvernement.**

Die Untersuchung ergab, daß in einer Reihe von Unterbezirken (Wolosti), besonders im Bezirk Smolensk, der Partei- und Sowjetapparat zersetzt ist:

Zusammengehen der Partei- und Sowjetangestellten mit den Kulaken, Saufgelage der Parteispitzen mit den Kulaken und ehemaligen Gutsbesitzern, Blockbildung bei den Wahlen zu den Kooperativen zwischen den Unterbezirkskomitees und den Kulaken im Bezirk Syczewsk, Verbiegung der Klassenlinie im Dorf (Ueberlassen von Mitteln aus dem Fonds für die Dorfarmut **an begüterte Bauern, übergroße Steuerbelastung der Dorfarmut,** Wegnahme von Hausrat bei Zahlungsunfähigkeit, vor allen Dingen bei der Dorfarmut, Vorhandensein von ehemaligen Gutsbesitzern in einer Reihe von Kooperativ-Vereinigungen), **systematische Saufgelage, Verschleuderungen, Vergewaltigungen, Kulakisierung und Verbindung einzelner führender Angestellter des Partei- und Sowjetapparates der Unterbezirke und des Bezirks mit Banditen.**

Die führenden Organe des Gouvernements haben nichts unternommen, um diese Verbrechen an das Tageslicht zu ziehen und die Partei von der schweren Lage im Gouvernement als günstig hinstellten, deckten die Schuldigen, indem sie ihre Verbrechen auf kollegialem Wege enschieden. So diskreditierten sie die Partei und Sowjetmacht."

(„Prawda" vom 18. Mai 1928.)

Nach weiteren zensurierten Meldungen aus Moskau sagte der vernommene Jakowlew aus, in der Fabrik Katuschka hätten höchst bedenkliche Zustände geherrscht. In der Fabrik gehöre die Hälfte der Belegschaft der Kommunistischen Partei oder Jugendorganisation an. Eine Anzahl Arbeiter und Leiter der Fabrikkomitees hätten die Arbeiterinnen seit Jahren „in natura erpreßt" und Widerstrebende aus der Arbeit gejagt. Dies sei in einer Fabrik geschehen, wo nur „Kommunisten" waren.

In der Textilfabrik Jarzewski haben in kurzer Zeit nicht weniger **als sieben Arbeiter durch Selbsmord geendet.** Zur Verteidigung wurde angeführt, daß verantwortliche Kommunisten vielfach mit korrupten Mitgliedern der alten Gesellschaft, die sich in Sowjetämtern befinden, verkehrt hätten. Im Kreise Smolensk seien die Armengelder unter die Reichen verteilt worden. In den Kooperativen hätten mehrfach Gutsbesitzer gesessen. Jakowlew führte Fälle an, in denen Kommunisten sich bereichert und mit Bourgeois amtliche Gelder vertrunken hätten. **In diesem Zustand hätten sie die Tscherwonzen-Noten zum Schuhputzen benutzt.** In verschiedenen Bezirken seien unter 61 wegen Nichtbezahlung der Steuern gepfändete Wirtschaften **51 die von Armen gewesen.** Anführung weiterer Mißstände gleicher Art wurde als Grund der späten Aufdeckung der Mißstände festgestellt, daß **die Zeitungen Beschwerden nicht aufnahmen,** noch mehr, daß Arbeiter, die an ihren Posten versagt hatten, an höhere Posten versetzt wurden, worüber mannigfache Beispiele gegeben wurden. Es kam auch ein konterrevolutionärer Aufruf zur Sprache, in dem auch Komsomolzen ausführten, die Kommunisten beschützen Bürokraten und Bestechliche. Ueber 60 Personen sind im Zusammenhang mit diesen Skandalen verhaftet worden und sollen öffentlich abgeurteilt werden."

Auch in dieser Angelegenheit wird natürlich eine großzügige Kampagne durchgeführt, und, wie schon erwähnt, eine ganze Reihe von Schuldigen verhaftet. Aber hier taucht die Frage auf: Welches ist der Nährboden einer solchen unheilbaren Korruption? **Das ist der bürokratische Apparat selbst!** Eine Bürokratie, die gewissermaßen „zwischen den Klassen" steht und mit keiner Klasse ökonomisch verwurzelt ist, muß sich trotzdem auf die ökonomisch herrschende Klasse stützen, um ihrer Existenz als Bürokratie willen. Auf der anderen Seite kann sie ihre politische Allmacht ins Feld führen; dies geschieht jedoch nur, wenn sie sich von der anderen Seite her, von der Seite der Großbauern und Bourgeoisie bedroht sieht. Mit der Zeit jedoch versucht die bürokratische Kaste ihr Ruhebedürfnis zu befriedigen und dies kann sie nur, wenn sie offen die Interessen des Kulaken vertritt unter der einen Bedingung, daß ihre Existenz als Bürokratie von dieser Seite taktisch anerkannt wird. Sie wird so zu einem Werkzeug der Konterrevolution, denn einen **ernsthaften** Kampf gegen die durch die Nep großgezüchtete Bourgeosie und das Kulakentum kann die russische Regierung gar nicht führen und will sie auch gar nicht führen, weil dieser Kampf der Kampf des Proletariats in Stadt und Land gegen den Kapitalismus selbst wäre. Da die russische Regierung jedoch den „Arbeiterkapitalismus" aufzurichten vorgibt, bleibt ihr „Kampf" gegen die Korruption eine leere Phrase. Gar nicht zu reden von den überschlauen „Orthodoxen", die diese Ausweglosigkeit meistern möchten mit einer richtigen „Führung", wofür sie sich selbst als die einzig befähigten halten.

Die Wahrheit ist, daß sich der offene Uebergang der Bürokratie in das Lager der feindlichen Klassen unter der Maske der „Sowjets" vollzieht, an Stelle der offenen Entscheidung im Kampf der Klassen. Die Niederlage des Proletariats in Rußland ward verschleiert durch leninistische Demagogie — bis der Gestank der inneren Verfaulung jedem Proletarier — der überhaupt noch denken kann — zum Bewußtsein bringt, daß Rosa Luxemburg mit ihrer Prognose über den Leninismus nur allzu recht hatte.

Aus der Bewegung

Oberstadt in Thüringen

Ein Genosse des Leninbundes, der bereits Mitglied der KAPD. geworden ist, hat an den Suhler „Volkswillen" folgenden Brief gerichtet:

Oberstadt, 22. Mai 1928.

An die „orthodox-marxistisch-leninistisch-sozialdemokratische" Redaktion des „Volkswille"!

Bestelle hiermit zum 1. Juni 1928 die Exemplare des „Volkswille" ab, da doch hier die „Lügen"-, äh — Werra-Wacht erscheint und zwei in sozialdemokratischem Sinn redigierte Blätter unnötig sind.

Es mutet einen überzeugten Kommunisten komisch an, daß es Leute gibt, die alte Politiker sind und aus Opposition gegen den 50 Prozent-Reformismus in der KPD. zum 10 Prozent-Reformismus der SPD. laufen. Ja, wenn die gut bezahlten Posten nicht wären. Mit diesem Ueberlaufen ins staatserhaltende Bürgertum gebt Ihr kund, daß Eure bisherige Politik in Suhl Lüge war, und Ihr niemals überzeugte Revolutionäre sein könnt. Das ersehe ich auch aus den Leitartikel des „Volkswille", Nr. 117. Mit einem Male ist die KPD. nur eine Wahlpartei. (Was war dieselbe denn vorher, wo Ihr noch drin waret und aus welchem Grunde habt Ihr denn Opposition getrieben?) Mit einem Male sind die 9 Millionen kleinbürgerlichen Wähler der SPD. klar ideologisch eingestellte Arbeiter! Mit einem Male ist die SPD. nicht mehr das Sammelbecken kapitalistisch eingestellter Kleinbürger, der schlimmste Feind des Sozialismus, sondern eine klassenbewußte Arbeiterpartei! Mit einem Male ist also Noske Euer Genosse! Die Stalinisten haben also Recht behalten, wenn sie sagten, Eure „Opposition" führe zur SPD. Daß die Scholemsche Politik zum Bankrott führen mußte, das habe ich vorhergesehen und es Hugo Ender oft in langen Unterhaltungen auseinandergesetzt, und wenn er ehrlich ist, muß er Euch das zugeben. Die einzige richtige Politik von Euch wäre gewesen die Propagierung der Stimmenthaltung für die Reichstagswahl. Damit hättet Ihr Euch nichts vergeben und hättet dann eventuell, um „in der Masse zu bleiben", den Stalinisten, die immerhin noch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie predigen, Bedingungen stellen können. Ihr sagt, die Stalinisten haben Euch zu sehr beschimpft. Das stimmt, aber die SPD., die nunmehr das „Königreich Heym" mit Eurer Hilfe haben, haben Euch doch auch nicht zärtlich angefaßt. In meinem Orte hat die SPD. an Stimmen eingebüßt. Hier haben 120 Wähler von 279 nicht abgestimmt, was ich zum größten Teil meiner Anti-Wahl-Propaganda zu verdanken habe. Durch Eure Stellungnahme habt Ihr Euch gebunden und der KPD. wird es ein leichtes sein, in absehbarer Zeit Euer Gebiet ohne Konzessionen zu erobern. Der gesunde revolutionäre Sinn der Suhler Arbeiterschaft, sowie der Umgegend wird nie mit einer SPD.-Politik zufrieden sein, und dann seid Ihr die Kaltgestellten. Na ja, Eure Posten werden dann wohl von der SPD. sichergestellt.

Die 700 Arbeiter, die faschistisch gewählt haben, haben Euch damit eine deutliche Quittung ausgestellt. Die haben sich gesagt, daß es gleich sei, ob man Sozialfaschisten oder Nationalfaschisten wählt. Jedenfalls sind diese aber ebenso „ideologisch klar" eingestellt, wie die Wähler der SPD. und Ihr, die Ihr vom linken Flügel der Arbeiterklasse zum linken Flügel der Bourgeoisie gehopst seid. Ich bleibe der alte unermüdliche Revolutionär, wenn auch seit Jahren von der Bourgeoisie auf Hungerration gesetzt, werde ich meine Stellungnahme gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung nicht um eventuelle Pöstchen opfern.

Fritz Rowsky.

Pleißa

Am Sonnabend, den 19. Mai, dem letzten Tag vor der großen Papierzettel-Offensive, fand hier in Pleißa schnell noch eine Wahlversammlung der KPD. statt. Es war von dieser Partei die zweite und letzte Versammlung im ganzen Industriebezirk Limbach, welcher ein knappes Dutzend mittlere und kleinere Orte umfaßt. Nicht einmal in der Stadt Limbach selbst, der Hochburg der KPD., hatte es diese Partei zu einer Versammlung gebracht. Aber auch die SPD. hatte von diesem Agitationsmittel wenig Gebrauch gemacht. Schuld daran bei allen beiden ist unzweifelhaft der kurz vorher abgeblasene Metallarbeiterstreik, weshalb beide Rivalen die Oeffentlichkeit ein wenig scheuten. Der KPD.-Referent war ein Mieterladen-Vertreter, denn man hatte sentimentaler Weise das Miet- und Wohnungselend auf die Tagesordnung gesetzt. Er entwickelte ein Bild seiner Tätigkeit auf diesem Gebiet, immer die hierfür in Frage kommende parlamentarische Tätigkeit der KPD. hervorhebend, in der Absicht, der in Konkurrenz stehenden SPD. damit tüchtig zuzusetzen. Einige unserer Genossen aus Chemnitz erinnerten ihn durch kräftige Zwischenrufe an die Verbrechen seiner Partei auf dem Gebiet „Wohnungselend", was ihn natürlich immer wütender gegen die SPD. werden ließ, weil er in den Zwischenrufern SPD.-Leute vermutete. Er begab sich hierbei sofort auf breites politisches Gebiet, bis ihn der eindeutige Zwischenruf „Einheitsfront-Erfolg" stutzig machte und er sich ganz plötzlich zur Begeiferung der KAP. zuwendete. Er hatte Witterung bekommen. Die allgemein bekannten Anwürfe niedrigster Sorte, wie Grüppchen, ehemals wohl sehr großes, jetzt aber ganz einflußloses Gebilde, und was dergleichen mehr war, um uns von vornherein bei den 30 bis 40 Anwesenden, lauter KPD.-Mitgliedern, zu diskreditieren. Nachdem sich dieser Holzkopf eine reichliche Stunde lang ausgeschleimt hatte, begann die Diskussion. Alle Augen wendeten sich dem Zwischenrufer zu, der aber selbst das Wort nicht nahm, ondern Genosse Otto, Chemnitz, als Diskussionsredner unsererseits ich erhob. In gefaßter ruhiger Art begann er vorerst die Versammlung mit der Person des Zwichenrufers bekanntzumachen, der ein seit 1920 organisiertes KPD.-Mitglied gewesen, und seit einem Jahr sich vor Ekel aus diesem Sumpf zur KAP. rettete, deshalb sein großer Haß gegen diese „einzige Arbeiterpartei", in der er unbewußt aus einer Schweinerei in die andere getaumelt ist, jetzt aber in sachlichster Weise, wie in der KAP. üblich, sich in grundsätzlichen Fragen des Klassenkampfes mit den KPD.-Genossen austauschen will, lehnt es vollständig ab, als Ruhestörer gelten zu wollen, viel weniger noch die Raufmethode der RFBummleute für sich in Anspruch zu nehmen. Hierüber ganz verdattert, hielt alles den Atem an, und Genosse O. konnte unter der spannendsten Aufmerksamkeit unseren prinzipiellen Weg des proletarischen Klassenkampfes nacheinander aufzeigen. Angefangen mit dem Hinweis, daß das vom Referenten aufgezeigte Elend des Proletariats bereits jedem Anwesenden vordem bekannt war, dieses aber doch nicht im geringsten mit der Abgabe des Stimmzettels beseitigt werde, zeigte er die Entwicklung der KPD. in allen bisherigen Schattierungen auf, je nachdem ihr die politische Konjunktur günstig oder ungünstig erscheint, und ihr immer rechtzeitig Direktiven seitens Rußland zugehen. So manch scharfes Wort schleuderte er nur so in den Saal hinein. Mit dem Schluß, wenn auch ein kleines Häuflein, aber innerlich gefestigt, klar und rein, wird die KAP. in Gemeinschaft mit der AAU. unter der Parole „Parlamentarismus ist Arbeitsgemeinschaft: alle Macht den Räten ist die Losung der Revolution", das Banner der Revolution hochhalten, endete er seine nahezu eine Stunde währenden Ausführungen.

Nur wenig wurde er unterbrochen, aber sichtlich atmete alles auf, prüfend, ob schadlos all die bitteren Worte ein jeder überstanden hat. Schnell nun bekam der mitgebrachte KPD.-Mann, Lehrer Vogel-Limbach, das Wort, um in bekannter Demagogie abzuschwächen, was aber vielmals vorbeigelang. Unter anderem ging es nicht ab, gegen unsern hier ansässigen Genossen Böttcher den altbekannten Dreck zu schleudern, der aber in gebührender Weise wieder zurückbefördert wurde. Da durch Vogel noch bisher unberührt gebliebene Argumente zur Sprache kamen, ergriff unser Genosse Otto nochmals das Wort, und jetzt wurde es lebendiger. Was vordem seitens der Zuhörer unterlassen worden war, holte man jetzt doppelt nach in Zwischenrufen. Trotzdem wurde gesagt, was notwendig war. Vorher hatte man aber schnell zwischendrein die Redezeit der och folgenden Diskussionsredner auf 10 Minuten beschränkt. Im Schlußwort des Referenten hagelte es aber nun nur so über uns und es kostete ihm sichtlich viel Mühe, um einigermaßen aufzurichten das Prestige, daß es eine KPD.-Versammlung blieb, und nicht der Eindruck einer KAP.-Versammlung zurückblieb. Wenn auch das Bild von uns bei manchen Anwesenden etwas klarer geworden ist, so bleibt doch für Pleißa noch sehr viel Arbeit zu tun.

Oesterreich

Eine mit der KAP. sympathisierende kommunistische Jugend-Gruppe Oesterreichs sendet uns folgenden Artikel von ihrer Wandzeitung:

Genossen!

Wieder ist es notwendig, Euch zu ermahnen, Eure Mitgliedsbeiträge pünktlicher zu bezahlen! Bedenkt, daß die Komintern nicht einzig und allein aus Angestellten „Sowjet"-rußlands bestehen kann, daß auch die Gelder der europäischen Arbeiter dieses Unternehmen stützen müssen, wenn es nicht zusammenbrechen soll! Der Zusammenbruch der Komintern würde aber auch die „Sowjet"-Union untergraben und ihren Bestand gefährden. Die Folgen einer derartigen Katastrophe wären geradezu unausdenklich! Die faschistische Regierung Litauens würde in kürzester Zeit zusammenbrechen, wenn Woldemaras nicht mehr vom Vaterland der Arbeiter beschirmt werden würde, das Regime des Arbeiterschlächters Kemal Pascha würde jeden politischen Halt verlieren und der mit ihm auf das innigste verbündeten „Sowjet"-Union in die Grube nachfahren! Ja, es könnte am Ende die chinesische Revolution wieder aufflammen, wenn es keinen „Arbeiterstaat" mehr gäbe, der die chinesische Baourgeoisie gegen ihr Proletariat verteidigt. Auch der König von Afghanistan, Amanullah der Rote, würde nicht auf Rosen wandeln, wenn es kein „Sowjet"rußland mehr gäbe, das ihn gegen die Kurdenaufstände beschützt. Die allerfurchtbarsten Folgen freilich würde eine Gefährdung des „Arbeiterstaates" für Deutschland nach sich ziehen! Der deutsche Imperialismus könnte nicht mehr so keck in der Welt auftreten, wenn er nicht die Bajonette der „Roten" Armee und die Knüppel des Roten Frontkämpferbundes hinter sich hätte; der nächste Weltkrieg würde also beträchtlich hinausgeschoben werden! Wer würde der deutschen Reichswehr die Granaten liefern und der französischen und italienischen Kriegsmarine das Heizöl? Und endlich die katastrophalen Folgen für das Proletariat selbst! Wenn die europäischen Arbeiter kein „Sowjet"rußland mehr zu verteidigen hätten, da würden sie ja direkt mit der Nase auf ihre eigenen Klasseninteressen gestoßen werden, da würden sie ja die revolutionären Möglichkeiten in ihren eigenen Ländern wahrnehmen, ohne daß sie von dem Bedürfnis Rußlands nach Krediten und Freundschaft mit den imperialistischen Regierungen behindert werden könnten! Ja, es würde die Weltarbeiterschaft förmlich wieder Lust auf den Kommunismus bekommen, wenn es kein „Sowjet"rußland gäbe! — Ihr seht also, Genossen, welche immense Bedeutung „Sowjet"rußland für die ganze Welt besitzt, und warum es von der ganzen Welt Kredite bekommt. Daher zahlt pünktlich Eure Beiträge, damit auch Ihr Euer Schärflein beitragt für das „Vaterland der Arbeiter!" Zahlen und Maulhalten!

Organisatorische Mitteilungen

Achtung! Groß-Hamburg!

Am Dienstag, den 5. Juni, 8 Uhr, Versammlung bei Eckelmann, Ecke Bartholomäusstraße u. Hamburger Straße. Tagesordnung: Was lehren die Wahlen — Wohin steuert der Leninbund? — Alles muß erscheinen! Sammellisten sind endgültig abzurechnen.

Arbeitsausschuß.

Chemnitz.

Am Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Linde" (Theaterplatz): **Oeffentliche Diskussion.** Thema: Die Lehren der Reichstagswahlen. KAP. — AAU.

Vierzehntägig, Sonnabends, abends 8 Uhr, finden im obigen Lokal öffentliche Diskussionen mit aktuellen und geschichtlichen Themen statt, zu deren Besuch wir hierdurch besonders KAZ.-Leser und Sympathisierende einladen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Ströbing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg Nr. 39

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 9. Juni 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Moskauer Sabotageprozeß

Seit Mitte Mai läuft der Sabotageprozeß gegen ein halbes Hundert russischer Ingenieure und 3 deutsche Techniker wegen „wirtschaftlicher Gegenrevolution". Die Moskauer Presse erblickt in dem Prozeß die Aufrollung des Wirtschaftskrieges des Weltkapitals gegen den „ersten und einzigen Arbeiterstaat der Welt", eine Zusammenarbeit zwischen den Konzessionsfirmen, der weißen russischen Konterrevolution und einer Anzahl von Regierungen der kapitalistischen Großmächte. Sie spricht von einer weitverzweigten und jahrelang arbeitenden Verschwörerorganisation, deren Aufgabe es war, den Aufbau der sowjetrussischen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie und des Bergbaus, durch Sabotageakte zu verhindern. Der Sinn des Prozesses ist, dem russischen und dem Weltproletariat zu beweisen, daß Rußland noch immer von einer Welt von Feinden umgeben ist, daß der Kapitalismus mit allen Mitteln versucht, den ihm verhaßten Sowjetstaat zum Zusammenbruch zu bringen. Daraus ergibt sich auch der Zweck der Uebung, die inneren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten sollen durch eine neu zu bildende Einheitsfront gegen den äußeren Feind überbrückt werden. Dem Proletariat wird durch den Prozeß der „Beweis" geliefert, daß der aufgestellte Gosplan und der von ihm vorgesehene Aufbau der Wirtschaft nicht durch die Unfähigkeit der Regierung gescheitert sind, sondern vielmehr durch ein System von Gegenmaßnahmen, deren Zerstörung erst jetzt durch die Strenge und Energie der wachsamen GPU. erzielt werden kann. Es wird von ihm verlangt, daß es sich gegen den inneren Feind, die sabotierende Bourgeoisie, zusammenschließt und das durch die inneren Parteistreitigkeiten und die oppositionelle Bewegung entstandene Gegeneinanderarbeiten aufgibt. Die Einheitsfront für den Aufbau der Wirtschaft ist das Gegengift gegen den neuen Hunger.

Das ZK. der KPSU. gibt daher neue zugkräftige Parolen heraus, mit denen der neu entdeckte Korruptionsherd bekämpft werden soll. Es wird schärfster Kampf gegen den Bürokratismus, Vereinfachung des Apparates, Avanzierung von Arbeitern auf leitende und verantwortliche Posten, Heranbildung von Kaders roter Spezialisten und schließlich eine Verbesserung der Struktur des Staatsapparates verlangt. Nach diesen Maßnahmen sieht es so aus, als ob eine Reform an Haupt und Gliedern der verantwortlichen Stellen erforderlich erscheint. Die Erkenntnis aber, daß die jetzt aufgedeckten Sabotageakte und Korruptionserscheinungen die Folge des kapitalistischen Aufbaues der russischen Wirtschaft sind, wagen die verantwortlichen Drahtzieher nicht einzugestehen.

Bisher war die nationalisierte Industrie und die mit diesem System erzielten papiernen statistischen Erfolge der glanzvolle Mittelpunkt des „kommunistischen" Aufbaus der russischen Wirtschaft. Mit ihrer Hilfe sollte die dem Privateigentum notgedrungen überlieferte landwirtschaftliche Produktion wieder in die kommunistische Wirtschaft zurückgezwungen werden. Die kapitalistische Unterstützung wurde immer als ein Zeichen der Stärke der russischen Wirtschaft bezeichnet, die es sich leisten könne, den Klassenfeind zum Ausbau mit heranzuziehen. Ebenso wurde die Beschäftigung bürgerlicher Spezialisten und Fachleute als vollkommen ungefährliches Mittel hingestellt, weil sie unter der Kontrolle der kom. Kommission standen. Allen Gefahren der kapitalistischen Beteiligung sollte durch ein Kontrollsystem abgeholfen werden. Auf bürgerlichen Krücken wollte man die kom. Wirtschaft ihren Aufbau vollziehen lassen. Die politische und militärische Macht hielt man für eine genügende Sicherheit und Sicherung gegen das Machtbestreben der Bourgeoisie. Dadurch wurde die Uebernahme der Wirtschaft durch das Proletariat nur zu einer Farce. Es wurde weder etwas an der kapitalistischen Produktionsweise noch an den Arbeitsmethoden geändert. Irgend ein Vertrauensmann der Regierung, der außer seiner bolschewistischen Gesinnung keinerlei Eignung besaß, wurde sozuform, mit oder besser durch die Arbeiterschaft ausgeübt, wurde form mit oder besser durch die Arbeiterschaft ausgeübt wurde nirgends eingeführt. Die Maschinen wechselten lediglich ihren Eigentümer. An die Stelle der privaten Unternehmer trat der Staat. Betriebsführung und Betriebsleitung blieb kapitalistisch. Der bürgerliche Spezialist beherrschte trotz des roten Direktors den Betrieb. In seiner Hand lag die Entscheidung über die beim Wiederaufbau zu treffenden Maßnahmen. Den Einkauf, die Aufstellung der neuen Maschinen bestimmte er. Die Arbeiterschaft des Betriebes wurde überhaupt nicht hinzugezogen. Von Moskau als Zentrale wurde alles dirigiert oder vielmehr vernachlässigt. Die Belieferung der Industriegebiete mit Maschinen war eine Frage der Bestechung. Der bürokratische Apparat überkomplizierte noch den ganzen Aufbau. Die Gewerkschaften erwiesen sich als unfähig, die Betriebsleitung zu übernehmen. Auf diese Weise wurde die nationalisierte Industrie ein Spielball für die Konterrevolution.

Dies war die Frucht der Ausschaltung der Arbeiterschaft, der Bruch mit dem Rätesystem. Diese Entwicklung beweist, daß die Arbeiterschaft schon in der vorrevolutionären Zeit eine Organisation ausbilden muß, die auch praktisch die Uebernahme der Produktion durchführen kann. Weder das bürokratische System der zentralistischen Verwaltung noch die Gewerkschaften haben sich als fähig erwiesen, der Bourgeoisie die wirtschaftliche Macht zu entreißen. Sie waren vielmehr gezwungen, die Bourgeoisie zur Leitung heranzuziehen, weil sie nicht die in der Belegschaft liegende Kraft zur Organisierung der Produktion zu wecken und zu entwickeln verstanden. Die bequemere Methode des Befehls von oben wurde deshalb

Die Gummiknüppel-Demokratie

Viel ist ja nicht davon übrig geblieben, was die vielgepriesene Dollarsonne auf deutscher Erde reifen ließ; aber eine große Errungenschaft ist da, ist handgreiflich da: der Gummiknüppel der Polizei für die Proleten, daß die republikanische Regierung ihn zum Symbol auch des deutschen Wesens machte, muß man genügend berücksichtigen, will man die Fortschritte der Demokratie gegenüber der Monarchie richtig würdigen. Daß die Sozialdemokratie an dieser Errungenschaft einen nicht geringen Anteil hat, und sozialdemokratische Gummiknüppelpolizeipräsidenten zugleich als Vertreter des Proletariats sprechen, in den Gewerkschaften und „Arbeiterparteien" organisiert sein können: — diese deutsche Gemütlichkeit macht uns auch so leicht keiner nach. Daß die KPD. überall, wo sie Gelegenheit hat, die sozialdemokratische Gummiknüppelmehrheit — wie z. B. in Preußen und Mecklenburg — gegen die „Reaktion" verteidigt und so dieses Gummiknüppelregiment als das kleinere Uebel empfiehlt, gibt Zeugnis von der Klugheit einer anderen Sorte von Arbeitervertretern, die ja auch die geniale Entdeckung machten, daß die Gummiknüppelhelden ausgebeuteten Massen nicht berührt, die für ihre Pfifferlinge. gegebene Tatsache ist die Ausbeutung des Proletariats durch die kapitalistische Klasse und wie der Tierschutzverein dafür sorgt, daß Gäule und Ochsen nur mit Mitteln gebändigt und angetrieben werden dürfen, die die Aestetik der Bourgeoisie nicht verletzen, so halten die parlamentarischen Parteien streng darauf, daß die Proleten, wenn irgend möglich nur mit dem Gummiknüppel zur Raison gebracht werden. Sie sind die Tierschutzvereine für die Lohnsklaven.

Schon die Anteilnahme großer Teile von Arbeitern an einer Diskussion, ob sie lieber mit dem Gummiknüppel gekitzelt werden wollen oder ob der Gewehrkolben ihnen auch fürder die Knochen locker machen soll, ist eine niederschmetternde Tatsache. Wo auch der Gummiknüppel sein Regiment führt, überall vermag der „Vorwärts" den „Beweis" zu erbringen, daß die Polizei im „Recht", und die Proleten im Unrecht waren. Daß eine solche Unverschämtheit von Arbeitern hingenommen wird, daß sie eine solche Kloake nicht kurzentschlossen aus ihrer Bude werfen, zeigt, wie weit große Teile der Arbeiter bereits in Stumpfsinn und kleinbürgerlicher Borniertheit verfallen sind. Sonst müßte ihnen schon die Tatsache zu denken geben, daß immer die Proleten die sozialdemokratischen Gummiknüppel zu spüren bekommen, niemals die Bourgeois.

Oder doch? Ja, einer hat eine Wucht abbekommen. Der Polizeivizepräsident selbst. Es liegt in der Natur der Sache, daß solche Herren, denen ein ganzes Regiment Gummiknüppelträger gehorcht, mit der Zeit einen Stich ins Größenwahnsinnige bekommen. Sie merken zuletzt nicht mehr, daß ihre Autorität nicht auf ihrer außergewöhnlichen Figur oder sonstigen Eigenschaften beruht, sondern auf ihrer Funktion im kapitalistischen Klassenstaat. Der Mann in Zivil, der das vergaß, mußte nun erleben, daß seine Garde an ihm an sich gar nichts Außergewöhnliches zu entdecken vermochte, und ihm genau so die Photographie zu polieren begann, wie den anderen gewöhnlichen Sterblichen. Seine flinken Beine haben ihm eine ausgiebigere Abreibung erspart, und seine wiedererlangte Besinnung nach dem Anfall von Größenwahn befähigte ihn in einem Ukas an „seine" Beamte auszusprechen, daß er es demjenigen, der ihm das Ding versetzte, gar nicht übel nehme, und nicht weiter danach forschen werde; denn die Hüter der demokratischen Ordnung taten nur ihre verdammte Pflicht, und die ist dreinschlagen auf alles, was nicht ausweicht.

Die Arbeiterklasse jedoch darf sich nicht damit begnügen, sich eins ins Fäustchen zu lachen, ob des kleinen Unfalls des Berliner Polizeivizepräsidenten. Für sie muß die Frage des Verhältnisses der proletarischen Klasse zum Klassenstaat die Marschrichtung angeben, die sie vor Illusionen, und vor einem Streit darüber bewahrt, wer „schuld" hatte, die Proletarier, die einen von den ihren, den man zu Pfingsten erschoß, zu Grabe trugen, oder die Polizei. Hier gibt es überhaupt kein „Recht", — das Recht ist immer bei dem Gummiknüppel, der im Dienst derjenigen Klasse geschwungen wird, die die Macht hat. Der „Vorwärts" entrüstet sich darüber, daß Proletarier die Gummiknüppelträger als Bluthunde tituliert hätten, und somit selbst „schuld" hätten. Man kann von der Zeitung des Tierschutzvereins für ausgebeutete Menschen nichts anderes verlangen, als den abgestandenen Kohl allgemeiner Moraltrühe. Diese Demagogie schafft jedoch die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Polizei und jeder einzelne Gummiknüppelträger ausdrücklich für den Zweck ernährt, bezahlt, trainiert und dressiert wird, diese „Ordnung", die immer größere Massen von Proletariern einer geradezu mörderischen Ausbeutung und dem langsamen Hungertod durch Arbeitslosigkeit ausliefert, auf jeden Fall zu verteidigen. Dazu geben sich nur Elemente her, die das Leben, das Schicksal, der Kampf der ausgebeuteten Massen nicht berührt, die für ihre Silberlinge, die sie erhalten, dreinschlagen und schießen, daß die Fetzen fliegen. — Wie man diese Träger einer solchen Funktion im Dienste der kapitalistischen Klasse bezeichnet, darüber soll man eben grundsätzlich nicht mit Leuten diskutieren, die sich zur Aufgabe gemacht haben, immer nachzuweisen, daß die Bourgeoisie „recht", und die Proleten unrecht haben.

Eine andere Frage ist die der taktischen Klugheit des Aussprechens sachlicher Richtigkeiten bei jeder unpassenden Gelegenheit. Die Proletarier, die sich dazu hinreißen lassen, die Gummiknüppelsoldaten als das zu nennen, was sie sind, leben meist selbst in der Illusion, daß auch eine „bessere" Polizei denkbar wäre, und ihnen schwebt so eine einfältige Geschichte vor, wie sie ihnen von der KPD. vorgeschwätzt wird. Diese Partei, deren größte Sorge die ist, daß die Ordnungswächter des kapitalistischen Staates ja gut ernährt, gut bezahlt und ansonsten keinen Mangel leiden, züchtet durch ihre Zweideutigkeit gerade jene Illusionen von der Möglichkeit einer „roten Schupo", die sich mit dem Proletariat einmal verbrüdern könne, weil dies doch auch „Proletarier" seien. Die Folge ist dann, daß die Proleten zuletzt nicht mehr Freund und Feind unterscheiden können, und aus allen Wolken fallen, wenn sie glauben, es sei ihnen „Unrecht" geschehen.

Das ist gerade der verderbenbringende Unsinn. Die Arbeiterklasse ist **auf der Straße alleine machtlos!** Der Kampf um die Beseitigung des Kapitalismus entwickelt sich nicht aus einem Pfingstausflug heraus, in dem weiter keine Kraft steckt, als die Ueberschätzung der eigenen Muskeln, und der Wirkung des „hoch" und „nieder". Davon werden die Mauern des Kapitalismus nicht umfallen. Die Kraft der Arbeiterklasse wird repräsentiert von den in den Betrieben vereinigten Bataillonen, wenn diese Bataillone von der Einsicht durchdrungen sind, daß es notwendig ist, der Bourgeoisie das ökonomische Fundament, das Monopol an dem Privateigentum zu entreißen. Diese Zielsetzung der Ergreifung der wirtschaftlichen und politischen Macht schließt die Klarheit darüber ein, daß das Proletariat gegen jeden Burgfrieden, gegen alle Institutionen der herrschenden Klasse nur ein Gefühl kennen darf: Haß, unauslösbaren Haß! Nur so wird es das geistige Fundament legen, aus dem heraus die Kraft wächst, die demokratische Gummiknüppelrepublik letzten Endes mit samt ihren „unparteiischen" Propheten in die Vergangenheit zu befördern.

vorgezogen. Man mußte aber bald feststellen, daß dadurch die dynamische in der Arbeiterbewegung liegende Kraft zur Uebernahme der Produktion lahmgelegt wurde. Der Prozeß beweist, daß in Rußland sich wieder die alten unter dem Zarismus herrschenden Methoden eingebürgert hatten, allerdings mit dem Unterschied, daß die leitenden Persönlichkeiten durch eine Sabotage gegenüber der jetzigen Regierung einen aktiven und passiven Widerstand mit dem Ziel des Sturzes der Regierung abwechselten. Die Regierug merkt, daß die Bourgeoisie niemals auch nur eine loyale Stütze für ihre Wirtschaft zu sein gedenkt, sondern vielmehr immer und in allen Formen an ihrer Wiedereinsetzung arbeiten wird. Das Bewußtsein von ihrem Klasseninteresse ist bei der Bourgeoisie besonders stark ausgeprägt, besonders wenn sie weiß, daß sie unentbehrlich ist. Die Ueberwindung der kapitalistischen Produktionsweise hat zur Voraussetzung, daß die Bourgeoisie aus dem Produktionsapparat restlos ausgeschaltet wird. Ueber den bürgerlichen Wirtschaftler kehrt die bürgerliche Herrschaft zurück. Nach der deutschen Revolution zeigen die russischen Erfahrungen dasselbe Bild. Deshalb ist gerade die Gründung und der Ausbau von Betriebsorganisationen eine absolute Notwendigkeit.

Dies sind die Erfahrungen, die das Proletariat aus dem Sabotageprozeß ziehen muß. Eine wirtschaftliche oder politische Koalitionspolitik ist ein glatter Unsinn und ein Verbrechen gegen die Gedanken der proletarischen Revolution. Die Macht der arbeitenden Klasse beruht auf der Arbeiterklasse. Die Klassenherrschaft der Bourgeoisie kann nur endgültig mit ihrer Ausschaltung aus der Produktion gebrochen werden.

Politische Rundschau

Koalitionen

Am 11. Juni tritt der neugewählte Reichstag, der mit dem „Linksruck" also, zu seiner ersten Tagung zusammen. Seine erste Aufgabe soll sein, sich eine Regierung zu geben und ihr sein Vertrauen auszusprechen.

Wir erinnern uns an die langwierigen Regierungskrisen, denen der bisherige Reichstag von Zeit zu Zeit ausgesetzt war. Aus den Regierungskrisen aber wurden schon zu Ende der Legislaturzeit dieses verflossenen Reichstages immer mehr Parlamentskrisen, d. h. die Regierung blieb trotz aller Stürmchen im parlamentarischen Glase Wasser fest im Sattel, und die Frage war nur, wann das Parlament nach Hause geschickt werden sollte.

Diese Stabilität des Kabinetts, die der deutschnationalen Losung auf Festigung der Gewalt des Reichspräsidenten und der Reichsregierung entspricht, hielt auch in der jetzigen Uebergangszeit an. Die vielbeschrienen Marx und von Keudell dachten gar nicht daran, aus der Auflösung des alten Reichstags die Folgerungen zu ziehen und sich etwa als Provisorium oder „Uebergangskabinett" aufzutun, um in dieser Form über die scheinbar „leere" Zeit bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages hinwegzukommen. Sie blieben als richtige Regierung bis auf den heutigen Tag, obgleich an ihrem Rücktritt kurz vor dem Zusammentritt des neugewählten Reichstags nicht zu zweifeln ist; denn irgendwie muß man der parlamentarischen Form, wenn auch nur mit einer nachlässigen Handbewegung, Genüge tun, solange überhaupt noch „Parlament" gespielt wird. Auch Mussolini und Pilsudski lassen sich vor ihrer „Volksvertretung" mal sehen und tun so, als ob. Aber für das abnehmende Gewicht des Parlamentarismus selbst im formellen System der bürgerlichen Politik ist diese Stabilisierung der Regierung Keudell doch außerordentlich bezeichnend.

Doch hatte dies Verbleiben darüber hinaus noch einen ganz realen Zweck. Er dämpfte das Theater der demokratischen und sozialdemokratischen Presse, die von einer Regierungskrise nicht recht sprechen konnte, und schob den Kuhhandel der parlamentarischen Parteien um die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung hinter eine starke Kulisse, was besonders den Leuten des sogenannten „Linksrucks" gar nicht unlieb war; denn ihre Scham wird von einer mehr als dürftigen Badehose verborgen.

Selten wurde an dem Gerüst der neuen Koalition mit weniger äußerem Tamtam gehämmert als diesmal. Denn die führenden bürgerlichen Kreise sind des Wunsches, selbst den parlamentarischen Scheinkrach immer mehr einzuschränken, und schließlich steht ja von vornherein fest, was kommen soll und daß sich dieses Mal noch weniger an den parlamentarischen Kombinationen ändern wird als sonst.

Man erinnert sich an den Versuch des nicht sehr begabten Zentrumsdemagogen Dr. Wirth, der eine republikanische Union gründen und die Weimarer Koalition zur Wahllosung machen wollte. Selten ist ein Versuch kläglicher zusammengebrochen und selten hat ein Mann kläglicher kapituliert als dieser Dr. Wirth. Und dabei ist die Weimarer Koalition wahrlich nicht gefährlich. Aber die Probleme der kapitalistischen Krise sind von den deutschen Unternehmern keineswegs gelöst. Die Rationalisierung geht weiter. Die Löhne sinken und die Preise steigen. Und da hat es keinen Sinn, das Ventil der parlamentarischen Illusionen allzusehr aufzudrehen.

Und so kommt denn die Große Koalition, in der die „ewige" Partei des deutschen Reichsparlaments, die Deutsche Volkspartei mit Gustav Stresemann an der Spitze, wiederum die erste Geige spielt. Das bißchen Gemecker der sozialdemokratischen „Linken" steht außerhalb der Verantwortlichkeit, in die sich die Hermann Müller-Franken, die Wels, Hilferding, Breitscheid, Landsberg, Dittmann und Konsorten teilen werden — bis die Bourgeoisie auch ihnen erneut den Stuhl vor die Türe setzt. Denn der demokratische Aufguß wird immer dünner. Die Rückendeckung der deutschen Bourgeoisie gegen radikale Umwandlungen der Masse liegt gar nicht mehr bei der SPD., sondern bei der KPD. Was jene an Prestige bei den hungernden Proletariern verloren hat, sucht diese für sich einzufangen, um es demselben kapitalistischen Sumpf zuzuleiten. Das Proletariat wird den Irrtum, die KPD. für eine revolutionäre Partei gehalten zu haben, einmal noch sehr bitter bezahlen müssen. Aber selbst der Parlamentarismus der 3. Internationale ist Schwindel. Der mag das Ziel der Rechten und der Parteien sein, die soeben gierig nach den Mandaten schnappten, wohl aber kaum das letzte Ziel der Staatsmänner, die Rußland heute mit dem Faschistenstiefel regieren. Sie streben der Unterdrückung des Proletariats ohne die demokratische Phrase zu und sind nicht umsonst im Bunde mit Amanullah Woldemares, Kemal Pascha und Mussolini. In Deutschland und im deutschen Parlament haben sie ihre Freunde in den Kreisen des Prof. Dr. Hoetzsch und der Deutschnationalen Volkspartei. Man soll nicht verkennen daß die Opposition, die die Russen der Sozialdemokratie gegenüber markieren, nicht zuletzt auch von ihrer Freundschaft mit den Deutschnationalen kommt, denen sie auch die Dokumente ihres Genfer Pazifismus zur ersten Veröffentlichung anvertrauten. Daneben sitzen sie natürlich allseitig im Sumpf und beziehen als echte Opportunisten auch sämtliche parlamentarischen und „demokratischen" Schweinereien. In Mecklenburg bewilligten die Bolschewisten den Etat, in Hamburg machten sie der Sozialdemokratie nach den Bürgerschaftswahlen die schmierigsten „Einheitsfront"angebote. Die Verhandlungen scheiterten jedoch daran, daß sie aus Angst vor den Massen und aus purem Konkurrenzneid sich weigerten, zu tun, was die Brandler, Böttcher, Heckert und Thälmann schon 1923 getan hatten, nämlich in die Regierung zu gehen und die Verantwortung im bürgerlichen Sinne offen und nicht nur anonym zu tragen. In Preußen verdankte die Braun-Regierung in mancher kritischen Situation den Betschwestern allein ihre Weiterexistenz. Und daß sie in den Ausschüssen des Reichstags Reichswehr- und Reichsmarinepositionen, in jenen des Landtages aber Polizeistellen zu bewilligen bereit waren und bewilligten, haben wir in der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung an Hand von dokumentarischen Beweisen dargetan. Die Opportunisten marschieren letzten Endes immer im Schwange ihrer Bourgeoisie. Deshalb werden auch die deutschen Bolschewisten die ganze Stufenleiter der parlamentarischen Logik am eigenen Leibe herunterleiern, solange ein Parlamentarismus von der deutschen Bourgeoisie überhaupt noch geduldet wird und auch später, wenn nach dem Untergang der „Demokratie" ihr einige schwarz-rot-goldene Phrasenhelden in mehr oder minder glänzender Leichenrede huldigen werden. Die KPD. wird vom Faschismus und seinen schwarz-rot-goldenen Ebenbildern der „Demokratie" nicht mehr loskommen. Der Särkere aber wird sein und ist schon heute die Sozialdemokratie, die sich zur parlamentarischen Phrase eindeutiger verhält. Sie wird ohne „Bedingungen" in die große Koalition eintreten und auch das zunächst überstehen.

Denn noch fehlt in der erforderlichen Stärke die revolutionäre Gegenströmung und eine Situation, die die Arbeitermassen herumreißt und ihnen die geschichtlichen Notwendigkeiten einhämmert, die auf ganz anderen Bahnen liegen wie der bisher beschritene parlamentarisch-gewerkschaftliche Weg. Andere Teile des Proletariats aber stecken heute noch zu tief in den Banden des Syndikalismus, Anarchismus, der Parteiverneinung und der kleinbürgerlichen „linken" Abstraktion, als daß sie den irrenden Massen ihrer Klassenbrüder positiv und führend vorangehen könnten.

Daher betonen wir: die anarchistische Ideologie, der Fimmel der Einheitler und „linken" Einheitsfrontler ist für das Proletariat genau so gefährlich und muß von der Partei genau so scharf bekämpft und bis auf die Wurzel ausgerottet werden, wie sein Gegenspiel, die sozialdemokratisch-bolschewistisch- gewerkschaftliche Konterrevolution. Nur, wenn die revolutionäre Partei des Proletariats, die Kommunistische Arbeiter-Partei diese beiden Gefahren erfolgreich bekämpft, wird sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen können.

An alle Ortsgruppen und Leser der „KAZ"

Während der größte Teil der Genossen die Notwendigkeit einer regelmäßigen Abrechnung der Zeitung einsieht, ist ein Teil der Leser und Ortsgruppen mit der Abrechnung der KAZ. sehr im Rückstand. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir vom 15. Juni an dazu übergehen, alle Abonnenten, die mit mehr als vier Nummern im Rückstand sind, von der Belieferung auszuschließen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß wir von der nächste Nummer der KAZ. an öffentliche Mahnungen ausschreiben. Genossen! achtet auf diese Mahnungen und prüft danach Eure Abrechnungen.

Die KAZ. ist in großer finanzieller Schwierigkeit und dadurch das Weitererscheinen in Frage gestellt. Wir können es, so wie die Belieferung bisher vonstatten ging, nicht mehr verantworten. Wir verlangen von Euch, daß Ihr uns die Anzahl der KAZ. mitteilt, die Ihr braucht, die aber unbedingt abgerechnet werden müssen. In Zukunft können wir nicht mehr Zeitungen schicken, wie abgerechnet werden. Auch muß die Abrechnung pünktlich erfolgen. Auf jedem Zahlkartenabschnitt muß genau vermerkt werden, wieviel Zeitungen von jeder Nummer umgesetzt sind. Mehr wie vier Nummern dürfen nicht rückständig sein, da sonst die Belieferung eingestellt wird. Alle Werbenummern fallen vorläufig fort.

Genossen!

Wollt Ihr, daß Euer Organ weiter erscheint, dann kommt Eurer Pflicht gegenüber der Organisation nach.

Expedition und Pressekommission.

Der „Kommunismus" marschiert

Aehnlich wie der marschierende „Sozialismus" der Sozialdemokratie, marschiert nun auch der Nep-Kommunismus Moskaus schon jahrelang. Die Richtung zeigt folgender Artikel, der der „Prawda", dem Zentralorgan der russischen „Kommunistischen" Partei, entnommen ist.

Alarm.

„Die GPU., das Zentralkomitee der Partei, und die zentrale Kontrollkommission, haben in der letzten Zeit am Organismus unserer Partei, Sowjet- und Gewerkschaftsorganisationen eine große Anzahl von Eiterbeulen aufgestochen. Man denke nur an Schachty, Artemowska, Rjaschk und Smolensk. Der Eiterherd von Schachty hatte am weitesten um sich gegriffen. Es war das Signal. Die Lehren, die wir aus der Schachty-Affäre ziehen werden, gelten im gleichen Maße auch für die anderen Eiterherde, u. a. auch für den von Smolensk. Schachty befindet sich irgendwo in der Ferne, Smolensk aber ganz in unserer Nähe. Und während äußerlich alles da in bester Ordnung schien, fraß unter der Oberfläche Fäulnis und Entartung.

Sehen wir uns die Spitzen der Parteiorganisation an. Der Sekretär des Gouvernements-Vollzugsrats, seine Bureaumitglieder, der Leiter der Agitation, der Leiter der Handelsabteilung, der Vorsitzende der GouvernementsGewerkschaftskommission, der zweite Vorsitzende des Vollzugsrats, der Sekretär des Bezirksvollzugsrats u. a. m. — ein schönes „Bukett" nicht wahr —

Suff, geschlechtliche Ausschweifung, völlige Losgelöstheit von der Arbeitermasse, Entartung des Sowjet- und Parteiapparates, Beschönigung der krankhaften Erscheinungen, ein unerhörter Druck — das ist das Kennzeichen all dieser Leutchen. Vollständige Parteiinvalidität!

Die Tätigkeit der anderen Gruppe leitender Parteimitglieder trug bereits rein kriminellen Charakter. **Ihre Saufgelage waren von sinnlosen Schießereien begleitet und arteten in Orgien aus. Für die Saufgelage mußten die Bestechungsgelder der Untergebenen herhalten,** die sich ihrerseits dadurch schadlos hielten, daß sie Schmiergelder von den Bauern entgegennahmen Die Anstellungen wurden davon abhängig gemacht, **ob die Betreffenden an den Orgien teilnahmen. Exzesse mit Prostituierten und Veruntreuungen waren an der Tagesordnung.** Mit den Privathändlern wurden die engsten Beziehungen unterhalten; **die Restaurants mußten sich Zechprellereien im weitesten Umfange gefallen lassen.** Sobald sich irgendein führendes Parteimitglied eines Verbrechens schuldig machte, bekam es eine andere Anstellung die im Vergleich zur früheren eine Beförderung darstellte.

Wie sah es aber in den Fabriken aus. Da ist z. B. die Fabrik „Katuschka". Sie beschäftigt 500 Arbeiter, darunter 200 Kommunisten, 80 Mitglieder der kommunistischen Jugend, 9 Mitglieder des städtischen Vollzugsrats, 3 Mitglieder des Bezirkskomitees der Partei, mehrere Mitglieder des Gouvernementsrats der Gewerkschaften, ein Präsidialmitglied der Gewerkschaften und ein Mitglied des Zentralkomitees des Holzarbeiterverbandes. Trotz dieser großen Anzahl von Kommunisten herrscht in der Fabrik

ein unglaubliches Terrorregime. Die Arbeiter wagen nicht zu mucken. Tonangebend sind die Meister-Kommunisten, der Gehilfe des Fabrikdirektors, der Produktionsleiter.

Der Gehilfe des technischen Leiters, ein Kommunist, erpreßt gleich anderen von den Arbeitern Schmiergelder, **die Arbeiterinnen müssen mit ihrem Körper herhalten, eine von ihnen beging zweimal Selbstmordversuche, Vergewaltigungen von Arbeiterinnen sind an der Tagesordnung.** Besonders arg treibt es der Meister Timofejeff, Mitglied des Bureaus der kommunistischen Zelle, und Schuporis, gleichfalls Kommunist. Widersetzen sich die Arbeiter oder Arbeiterinnen den Wünschen der Allgewaltigen, so wird ihnen mit Entlassung gedroht; es bleibt aber nicht bloß bei Drohungen.

Die einzige Rettung in dieser Atmosphäre des Terrors sind die Schmiergelder. Führen die Arbeiter Beschwerde, so fliegen sie einfach hinaus. Und dieser unglaubliche Zustand konnte bestehen, obgleich der kommunistischen Zelle der Fabrik sowohl der Sekretär des Gouvernementsvollzugsrats als auch der Leiter der Presseabteilung angehörten. „Diese ganze Bande", liest man u. a. in der kommunistischen „Jugend-Prawda" vom 11. Mai, „wurde von dem Vorsitzenden des örtlichen Holzarbeiterverbandes, dem Präsidialmitglied der Gewerkschaften Demidow gedeckt. Er hielt sich als Mätressen 3 Arbeiterinnen und verfolgte mit seiner Liebe eine vierte."

„Wenn die Kommunisten in Schachty in ihrem Kampf gegen die Weißgardisten durch das Fehlen der kulturellen und technischen Qualifizierung machtlos waren, so gibt es für die Kommunisten in Smolensk auch diese Rechtfertigung nicht; ihnen stand kein weißgardistischer Feind gegenüber."

Nicht anders als auf der Fabrik „Die Rolle" sah es auf der Fabrik „Jarzowo" aus. Jeder neu eintretende Arbeiter, ebenso derjenige, der eine qualifizierte Arbeit erhielt, war gezwungen, dem Meister 30 bis 50 Mark Schmiergelder zu zahlen. Die Arbeiter waren über dieses „Naturrecht" empört. Doch weder die Partei, noch die Gewerkschaftsorgane hatten ein Ohr für sie.

Und erst auf dem Lande! Die führenden Kommunisten unterhielten hier die engsten Beziehungen zu den Banditen. Veruntreuungen, Saufgelage, geschlechtliche Ausschweifungen schlimmster Art waren an der Tagesordnung. Mit den Dorfkulaken wurde gemeinsame Sache gemacht, die Dorfarmut dagegen unter ungeheuren Steuerdruck gesetzt, ihr Hab und Gut gepfändet. Die Banditen wurden begünstigt und selbst mit Munition versehen. Die Entartung der Kommunisten ging sogar so weit, daß die kommunistische Jugend sich an der Verbreitung konterrevolutionärer Flugblätter beteiligte.

Ja, selbst Gericht und Staatsanwaltschaft blieben von der allgemeinen moralischen Infektion nicht verschont.

Eingeleitete Verfahren wurden niedergeschlagen, die Ermittlungen zugunsten der Verbrecher geführt. Das Parteiblatt „Der Weg des Arbeiters" durfte Veröffentlichungen, die für die führenden Leute ungünstig waren, nicht bringen; es hatte jegliche Fühlung mit den Arbeitermassen verloren. So konnten all diese Kommunisten, ehemals selbst Arbeiter, sich nun in ihren leitenden Stellungen trotz ihrer Schandtaten sicher fühlen. Eine Arbeiterdemokratie, die eine Kontrolle über sie ausgeübt häte, gab es nicht."

*

An anderer Stelle ist grundsätzlicher zu diesem „kommunistischen Aufbau" bereits gesagt, wie wir auch schon in voriger Nummer der „KAZ." bereits darlegten, daß diese Korruption nur die logische Folge der Tatsache ist, daß die Bürokratie an sich ein schmarotzerhaftes Gewächs ist, das auf dem Wege der Bestechung durch die kapitalistischen Klassen zu einer Geißel gegen das Proletariat werden muß. Wir brauchen nur noch hinzufügen, daß die Sowjetbürokratie in den einzelnen Sektionen von gleichem Kaliber ist. Denn wer trotz dieser ungeheuerlichen Tatsachen in einem fort von „Arbeiterstaat" schreibt, und jeden als „Konterrevolutionär" denunzieren möchte, der die Wahrheit sagt, fühlt sich im Grunde genommen solidarisch mit den Elementen, die eben den „sozialistischen Aufbau" so auffassen, wie die Bürokraten in den einzelnen Sektionen den „Klassenkampf".

Der Kampf um China

Nun scheint auch das Schicksal Pekings besiegelt. Tschangsolin selbst hat kapituliert und ist, als er seinen Raub in Sicherheit bringen wollte, durch ein Attentat ins Jenseits befördert worden. Die „Zentral"regierung ist zurückgetreten, und ein Ausschuß gibt vor, die Regierungsgeschäfte provilorisch zu erledigen, um sie nach dem Einzug der Südtruppen in die Hände der Südregierung zu legen.

Damit scheint für China eine Epoche abgeschlossen, die reich an Erfahrungen für das internationale Proletariat ist. Als sich die Kräfte der jungen chinesischen Bourgeoisie vor drei Jahren mächtig regten, glaubte auch das junge chinesische Proletariat, daß seine Zeit gekommen wäre, um sich aus den Fesseln der unerhörtesten Ausbeutung zu befreien. Ein in Schanghai unter Proletariern von imperialistischen Soldknechten inszeniertes Gemetzel gab der national-revolutionären Bewegung einen mächtigen Aufschwung. Fast zwei Jahre lang stand die Welt im Banne großer Erfolge militärischer Art, und auch die Organisationen des Proletariats und der Bauernmassen nahmen, hauptsächlich in Südchina, einen glänzenden Aufschwung. Die chinesische Bourgeoisie sah diese Hilfe nicht ungern — solange das Proletariat nicht mit eigenen Forderungen auf den Plan trat. Die Formel war ja ganz einfach und begreiflich: erst gegen die fremden Ausbeuter, um nachdem auch die einheimischen niederzuwerfen. Unter dieser Losung trieb Moskau die Proletarier in die Kuomintang; jedoch diese nationalistische Partei sah natürlich nicht untätig zu, wie sich Moskau unter dieser Losung Einfluß zu verschaffen suchte. Sie war nicht gewillt, zu kämpfen gegen den ausländischen Imperialismus, mit dem Feind im Rücken, und als die junge Arbeiterbewegung nicht mehr bedingungslos die Kastanien für die eigene Bourgeoisie aus dem Feuer zu holen gewillt war, kehrte sie die Gewehre um und rottete im wahrsten Sinne des Wortes alle aktiven Elemente des Proletariats buchstäblich aus. Tschangkaischek, von Moskau jahrelang als der chinesische Trotzki gefeiert, wurde so zum „Verräter" nicht an der Klasse, die er vertrat, sondern an der Arbeiterklasse, mit deren Interessen er nie etwas zu tun hatte, und sie deshalb gar nicht „verraten" konnte. Jedoch für die moskautreuen Proletarier genügte dieser Stuß. Sie sahen nicht, daß sich hinter dieser Art „Einheitsfront"politik lediglich die Tatsache verbarg, daß Moskau glaubte, die chinesische Bourgeoisie müßte sich in ihrer schwierigen Lage der Bundesgenossenschaft Moskaus auch um diesen Preis gefallen lassen

Jedoch die chinesische Bourgeoisie war nicht gewillt, irgendwelche Zweideutigkeiten in Kauf zu nehmen. Sie verzichtete lieber auf den Kampf gegen den fremden Imperialismus, um sich damit zu begnügen, die Gegnerschaft der ausländischen Imperialismen auszunützen, um das „einige China" herzustellen.

Das unverhüllte Terrorregiment, das die Nationalregierung von nun an gegen das Proletariat und auch gegen die armen Bauern und sonstigen Volksklassen aufrichtete, beruhigte die imperialistischen Räuber in vollem Maße. So konnten sie der Kuomingtang ruhig die Macht über „die heiligsten Güter der Zivilisation" überlassen; im Falle eines Falles standen die Kriegsschiffe und Kriegsknechte aller „zivilisierten" Staaten außerdem noch bereit. Die nationale Bewegung der chinesischen Bourgeoisie jedoch war damit nicht abgeschlossen. Sie ward getragen von den Interessen der aufstrebenden Bourgeoisie, deren Ziel ein nationales einiges China war.

Erleichtert wurde dieser Kampf durch die widerstrebenden Interesen der ausländischen Imperialismen selbst. Japan versucht mit allen Mitteln die gesamte Mandschurei an sich zu reißen, um von da aus auch in die Provinzen Schangsi, Tschili, Schangtung, Honau usw. vorzustoßen, Gebiete, die zu den reichsten Kohlen- und Erzlagern der Welt zählen. Alle jene Provinzen gruppieren sich um das gelbe Meer, und der japanische Imperialismus hat weite Gebiete bereits finanziell durchdrungen; die japanische Industrie sieht hier eine ergiebige Rohstoffquell, billige Arbeitskräfte, günstige Reservoire für den japanischen Menschenüberschuß, und für die weitere Zukunft reichliche Absatzgebiete. Die Mandschurei allein umfaßt ein Gebiet, das zweimal so groß ist wie Deutschland; sie war in den neunziger Jahren von drei Millionen Menschen bevölkert, heute von 25 Millionen. Eine Bevölkerungszahl von 100 Millionen liegt hier im Bereich der absehbaren Möglichkeiten.

Gegen den amerikanischen Konkurrenten war die Nordregierung, die der Stützpunkt des japanischen Imperialismus war, kein Gegner mehr, der ernst genommen werden konnte. Während der japanische Imperialismus darauf ausgeht, die Küstenprovinzen am gelben Meer einfach zu annektieren, führt hier das amerikanische Kapital den Krieg mit den silbernen Kugeln. Amerika versucht, sich den Einfluß zu sichern, und betreibt die Politik der „offenen Tür", indem es als „Freund" Chinas auftritt. Es führt den Krieg gegen Japan mit chinesischen Truppen.

Unter diesen Umständen ist der relativ geringe Widerstand der Nordregierung zu verstehen. Es ist alles abgekartetes Spiel. Die Spannung zwischen Amerika und Japan wird durch den Einzug der Südruppen in Peking auf die Spitze getrieben.

Aber nicht der Konflikt Japan-Amerika allein charakterisiert die Lage. Auch alle anderen Mächte liegen auf der Lauer, und sie denken nicht daran, ihren „Völkerbund" zu mobilisieren, angesichts der Gefahr kriegerischer Ereignisse. Und zwar deswegen nicht, weil sie selbst auf eine Gelegenheit hoffen, ihren „gerechten Teil" zu holen. Man kann sich nicht künstlich entrüsten über eine Politik, die man selbst herbeisehnt. Das macht man im Höchstfalle, wenn dafür nicht die geringste Aussicht besteht.

So wird China nicht nur weiter der Tummelplatz der imperialistischen Staaten bleiben, die für die Austragung ihrer Kämpfe die jeweils zweckmäßigsten Methoden wählen; es wird auch das Land bleiben, in dem die doppelte Ausbeutung des Proletariats fortbesteht, weil die chinesische Bourgeoisie nur einen Feind kennt: die Arbeiterklasse. Auch die „fremden" Imperialisten können nur geschlagen werden, wenn das chinesische Proletariat begreift, daß es kein Vaterland hat, und daß man ihm nicht nehmen kann, was es nicht hat. Wenn es diese Lehre aus dem Verlauf der nationalen Revolution zieht, wird es als Teil des kämpfenden Weltproletariats auch in der Lage sein, seine Toten zu rächen, die massenweise auf der Heerstraße der siegreichen Bourgeoisie liegen, und über deren Leichen hinweg die Schakale der 2. Internationale, allen voran der „Vorwärts", den „Befreiern Chinas" zujubeln.

Der Fall Jakubowsky

Vor einigen Jahren hat ein mecklenburgisches Schwurgericht einen russischen Landarbeiter wegen Mordes an einem Kinde zum Tode verurteilt — und ihm den Kopf abgeschlagen. Der Todeskandidat beteuerte bis zum letzten Atemzug seine Unschuld. Seine „Schuld" beruhte auf reinen Indizien, und diese „Indizien" waren wiederum so sorgfältig gesammelt, daß man ihm, der die deutsche Sprache nur in den ersten Anfängen beherrschte, während der ganzen Prozeßkomödie einen Dolmetscher verweigerte. Die lückenhafte Verteidigung des Verzweifelten erleichterte eine Interpretation zu seinen Ungunsten in hohem Maße. Fehlende Worte oder das Durcheinander der Worte in den verschiedensten Aussagen eines der Sprache Unkundigen konnte man leicht als „Widerspruch" protokollieren, und die mit „deutscher Wissenschaft" vollgepfropften Juristen und sonstige wissenschaftliche Sachverständige auf allen möglichen Gebieten konnten hier ihre „logischen" Urteile wieder einmal zum Beweis anführen, daß deutsche Gründlichkeit sich nicht so leicht hinters Licht führen läßt. Die wirklichen Beweise für den inneren Wert ihres Deliquenten, — daß er sich für die Kinder abrackerte, an denen er Vaterstelle vertrat, ohne ihr wirklicher Vater zu sein — spielten für geschliffene unfehlbare Kenner der Materie gar keine Rolle, wie auch das soziale Milieu, unter dem der „Angeklagte" lebte, für „gebildete Männer" kein Punkt sein braucht, der zur Sache gehört. Den bündigen Schluß für den bündigen „Beweis" der Schuld des Angeklagten bildeten die Aussagen von Schulkindern und Schwachsinnigen. Und als die gründliche Arbeit getan ward, da versammelte sich das stumpfsinnige Konsortium mit heiligem Ernst in den Gesichtern, mit gebügelten Hosen, weißen Westen und dem vorschriftsmäßigen Frack, und der Pfaffe und der Henker verrichteten ihren Dienst an der Menschheit im Namen Gottes und von Rechtswegen.

Nun hat sich herausgestellt, daß jene deutsche Gründlichkeit wieder einmal die Gründlichkeit hirn- und gefühlloser Strolche war, deren Antipathie für einen „Russen" genügend Grund war, um von vornherein den Kopf eines Proleten zu fordern. Auf Grund von nachträglichen Feststellungen, gegen die sich die maßgebenden Justizwächter verzweifelt wehrten, hat sich bereits ganz einwandfrei ergeben, daß sich jene Rechtssiegelbewahrer bei ihrer „Rechtsprechung" und „Vollstreckung" ungefähr soviel dachten, wie ein Idiot, der einem Schmetterling den Kopf abreißt. Ob dieser Blamage, daß sich wieder einmal — wie ja unlängst schon im Prozeß Krantz-Scheller — erwiesen hat, daß die Bourgeoisie die höchsten Stellen ihres juristischen Unterdrückungsapparates mit ausgesprochensten Idioten besetzt, ist nun ein heftiger Streit für oder gegen die Todesstrafe entbrannt; und dieser Streit ist es, der nahezu wichtiger noch ist, als der „Fall" selbst.

Die „Fortschrittler", die sich gegen die Todesstrafe wenden, „vergessen" nämlich, daß der Kapitalismus täglich und stündlich Tausende, Hunderttausende mordet, nach denen kein Hahn kräht. Sechzigtausend Frauen sterben jährlich infolge Abtreibung, weil die Bourgeoisie sie durch den Paragraph 218 zu Gebärmaschinen zwingen will. Selbst wenn all jene keimenden Leben ausreifen würden, würde die Zahl, die man aus den Wassern fischt, weil sie kein Brot mehr haben, die aus den Fenstern stürzen, die den Gasschlauch in den Mund stecken usw. um soviel mehr emporschnellen; gar nicht zu reden von den Tausenden, die heute am fließenden „Band schwitzen, oder infolge der schon genügend drückenden Konkurrenz einer Millionenerwerbslosenarmme in einigen Jahren zu Wracks werden. Eine Gesellschaftsordnung, die das Elend ins Grenzenlose vermehren muß, um sich auf diesem Wege aufrechtzuerhalten, die selbst die Verbrecher züchtet, hat überhaupt das Recht verwirkt, sich zum Richter über die eigenen Opfer aufzuwerfen; denn ob „schuldig", oder „unschuldig", — schuldig ist in jedem Falle letzten Endes der Kapitalismus.

Das ist es auch, was die Soizaldemokratie verschleiern möchte, wenn sie „gegen die Todesstrafe" zu Felde zieht. Sie hat nichts gegen eine Unschädlichmachung in Zuchthäusern und Gefängnissen, wie sie auch nichts gegen die Rationalisierung hat, gegen die Schiedsspruchpraxis, gegen den Abtreibungsparagraphen; wie sie ja auch gegen das imperialistische Massenmorden im Weltkriege nichts hatte, und zuletzt da, wo sie selbst praktisch zeigen konnte, daß sie „gegen die Todesstrafe" ist, durch ihren Präsidenten dieser Republik Ebert Todesurteile gegen revolutionäre Arbeiter kaltschnäuzig unterzeichnen ließ. Noske ist ein trauriger Beweis für die „Menschlichkeit" der Sozialdemokratie.

Wie die Sozialdemokratie es mit ihrem Pazifismus skrupellos in Einklang zu bringen vermag, daß sie das Proletariat in den Krieg hetzt, um nach getaner Arbeit um so aufdringlicher in Worten gegen den Krieg zu „kämpfen", so opfert sie auch die gesamte Arbeiterklasse dem Kapitalismus und seinen immer unerträglicher werdenden Ausbeutungsmethoden, die Tausende von Proletariern um die Ecke bringt, Tausende langsam verhungern läßt, — aber sie „kämpft" gegen die Barbarei der Todesstrafe. Das bedeutet im Grunde genommen nichts anderes, als die Schreckensherrschaft der Bourgeoisie zu beschönigen. Das Proletariat soll sich zufrieden geben, wenn die Bourgeoisie ihre Opfer oder revolutionäre Arbeiter „fortschrittlich" um die Ecke bringt. Aber, wie schon dargetan, ist dies nicht nur eine Utopie, sondern auch eine elende Heuchelei.

Die Bourgeoisie setzt nämlich immer dann ihre „humanen" Beschlüsse außer Kraft, wenn ihr das Proletariat gefährlich zu werden droht, oder wenn sie auf kriegerischem Wege ihre Herrschaft zu befestigen und zu erweitern gedenkt. Dann ist stets das Stichwort von Landesverräter, verbrecherischen Elementen usw. leicht bei der Hand, und die „Auf der Flucht erschossenen" können sich damit trösten, daß ihre Mörder nachträglich, wenn die Herrschaft der Bourgeoisie nicht mehr unmittelbar bedroht ist, „gegen die Todesstrafe" sind.

Das revolutionäre Proletariat lehnt es ab, mit seinem Klassenfeind über die Methoden zu diskutieren, wie dieser seine eigenen Opfer „bestraft". Es weiß, daß es im Falle des Kampfes um wahre Menschenrechte, die nur erkämpft werden können, wenn der Kampf geführt wird als Kampf um die Beseitigung der mörderischen kapitalistischen Ordnung, von seinem Klassenfeind keine Humanität zu erwarten hat. Das besagt bei weitem nicht, daß die Arbeiterklasse ruhig zusieht, wie die Bourgeoisie die Opfer ihrer Ordnung für schuldig erklärt und mordet. Das besagt nur, daß das Proletariat sich mit einer Klasse die, — Sacco und Vanzetti sind die letzten feurigen Zeugen — den Teufel danach fragt, ob schuldig oder unschuldig, wenn sie es für nötig hält, das Proletariat auf die Heiligkeit ihres Geldsacks zu erinnern und ein Exempel statuieren will. Deswegen ist das Proletariat auch nicht „gegen die Todesstrafe" an seinen Henkern. Die Erhebung der Armee des Lohnsklaven, deren Leben im Kapitalismus einen Dreck wert ist, ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Welt je gesehen hat. Und erst, wenn der Herd aller Verbrechen beseitigt ist und die Menschen nicht mehr in Sklaven und Herren geteilt sind, wird wahrhafte gegenseitige Hilfe und Solidarität die Menschheit emporheben aus dem Tierreich in das Reich wahrer Menschlichkeit.

Bis dahin muß das Proletariat seine unentwegte Rolle als Ankläger begreifen, den Philistern, deren Perversitäten wachsen aus einem Meer von Blut und Stumpfsinn und Tränen, aus einem Heer von geistig und körperlich verkrüppelten Menschen aller Altersstufen, die Maske vom Gesicht reißen, und in der eigenen Klasse den Gedanken wachhalten, daß das Recht der Arbeiter nie und nimmer etwas zu tun hat mit dem Recht der Faulenzer und Parasiten. Darum:

Auch wenn Jakubowski „schuldig" wäre, wenn er der, wäre, was man ihm „bewies"? Wer wäre der wirklich Schuldige? Wer hätte ihn zu dem gemacht?

Wirtschaft

Rückgang der Konjunktur

Das „Institut für Konjunkturforschung" stellt in seinem letzten Wochenbericht einen Rückgang auf fast allen Gebieten der industriellen Produktion fest, nachdem es in dem vorhergehenden Bericht einen Rückgang in den Verbrauchsgüterindustrien, besonders der Textil- und Schuhindustrie, konstatiert hatte. Es heißt dort:

„Nach den Produktionsergebnissen für den Monat April machen sich nun **auch in den Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien stärkere Rückgangserscheinungen** bemerkbar, die bisher nur in den wichtigeren Verbrauchsgüterindustrien Textil- und Lederindustrie) größeren Umfang angenommen hatten. Die arbeitstägliche **Roheisenerzeugung** von März bis April ist um 7,9 Prozent gesunken. Auch in den übrigen Zweigen der **eisenschaffenden** Industrie hat sich ein Rückgang angebahnt. Die Rohstahlproduktion war im April um 4 Prozent niedriger als

Buchbesprechungen

Herr Vogt, von Karl Marx, nebst einem Anhang: Abermals Herr Vogt, von Friedrich Engels, und einer Einleitung von Rudolf Franz. 199 Seiten. Preis 7,50 Mk. Leipzig, Verlag von Rudolf Liebing (B. Franz & Co.).

So manche bürgerliche Größe der Vergangenheit wäre, lange, längst, in Lächerlichkeit geraten, vergessen, wäre ihnen nicht durch die Wissenschaftler der Arbeiterklasse ein literarisches Leben von Dauer bereitet worden. In diesem Zusammenhang mag nur an Herrn Dühring erinnert sein, dem Friedrich Engels in seinem ausgezeichnet wissenschaftlichen, Herrn Dühring betreffend satirischen Werke „Herrn Dührings Umwälzung der Wissenschaft" (kurz: Antidühring) ein Leben von Dauer beschieden hätte, wie auch Ferdinand Lassalle dem „ökonomischen Julian" in seinem Buche: „Herr Bastiat Schulze von Delitzsch".

Herr Vogt, Professor seines Metiers nach, war neben Robert Blum der (kleinere) Führer der Linken in der Nationalversammlung. Die klägliche Runde der Frankfurter Paulskirche ernannte ihn noch kurz vor dem seligen Entschlafen der Nationalversammlung neben noch vier anderen zu einem der sog. Reichsverweser. Das kann man aus dem Zusammenhang aus von Marx in dem Buche abgedruckten Parlamentsberichten nur schließen. In Franz Mehrings Marx Biographie und in der „Neuen Zeit" (12. Ergänzungsheft von 1912) kann man es nachlesen. Franz hat es unterlassen, dies in seinem Vorwort nachzutragen. Einen noch größeren Fehler beging der Herausgeber, daß er die von Karl Marx im Original französisch gebrauchten Redewendungen und französischen Briefe nicht ins Deutsche übersetzte.

Vogt, der, nach der 48er Revolution geflüchtet, in der Schweiz in der Arbeiterbewegung vorübergehend eine Rolle spielte, war von Louis Napoleon, wie sich später herausstellte, als deutscher „demokratischer" Politiker und Parlamentarier mit 40 000 Franken bestochen. Und ausgerechnet dieser Herr Vogt war es, der gegen Karl Marx mit den schmutzigsten Mitteln intrigierte, ihm Polizeifreundschaft und Banknotenfälscherei zugleich andichtete, der Wilhelm Liebknecht als Spitzel hinzustellen versuchte und die Arbeiterbewegung der damaligen Zeit, richtiger deren Führer, mit ebenso dummen als lächerlichen Mitteln zu infamieren versuchte. Man arbeitete damals mit denselben Mitteln als heute: alles, was rein war, versuchte man zu beschmutzen. Die großen kapital- und staatserhaltenden Organisationen, die die Massen beeinflußten, verdächtigten, mit den Bestechungsgeldern der politischen Feinde der Arbeiterklasse, die revolutionäre Bewegung als bestochen und korrumpiert. Wie in der Spartakuszeit die Noskerichtung gegen Liebknecht, Luxemburg und andere aus der vordersten Front nicht zurückscheute, allerhand kriminell Verbrechen anzudichten, ihnen auch die dunkelsten Elemente an die Rockschöße zu hängen, so erging es damals Karl Marx und den wenigen Führern, die Not und Elend, Verfolgung und Kerker mit der Vorhut der Arbeiterbewegung teilten. Nur eine Probe: Auf einem Fest des Arbeiterbildungsvereins in Lausanne (Schweiz) legt Ehren-Vogt, auf Marx und die Seinen gemünzt, los: Vor Einem aber warne ich eindringlichst, das sind die Umtriebe eines kleinen Häufleins verworfener Menschen, deren ganzes Dichten und Trachten darauf hinausgeht, den Arbeiter von seinem Berufe abzuziehen, ihn in Verschwörungen und kommunistische Umtriebe zu verwickeln, und schließlich, nachdem sie von seinem Schweiße gelebt, ihn kalt in das Verderben zu stürzen. Auch jetzt wieder sucht dieses Häuflein auf alle mögliche Weise, die Arbeitervereine wieder in seine trügerischen Netze zu ziehen. Was sie auch sagen mögen, seid überzeugt, daß sie nur darauf ausgehen, den Arbeiter zu ihren selbstischen Zwecken auszubeuten und ihn schließlich seinem Schicksal zu überlassen."

Die Schrift führt uns mitten hinein in die damaligen, ach so schweren, Tageskämpfe der geringen Zahl aufgeklärter Arbeiter und bildet so einen wichtigen Abschnitt der Geschichte der Arbeiterbewegung. Das Buch ist nur einmal, 1860, in London erschienen und in einer nur geringen Anzahl Exemplare nach Deutschland gekommen. Polemisch gehalten, können wir, hauptsächlich aus einer ganzen Anzahl abgedruckter Briefe ehemaliger Führer der freiheitlichen Bewegung, die Arbeiterbewegung zurückverfolgen bis zu ihrem Ursprung.

Noch besser als in der Schrift: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" lernen wir hier Karl Marx als einen in diesem Punkte allgemein verkannten flüssigen, satirischen Tagesschriftsteller kennen, der in die verschlungensten Pfade der Intrige eindringt und auch die kompliziertesten Fäden so entwirrt, daß sie auch dem primitivsten Verstande leicht faßlich sind.

Das Buch, das als zweite Folge in der Serie „Nachdruck marxistischer Seltenheiten" erschienen ist, wird von jedem, der es sich beschaffen kann, mit Vorteil gelesen werden können. Ein Riegel allerdings ist der Preis von 7½ Mk. für die broschierten 200 Seiten Nachdruck.

Aus dem Arbeitsleben Amerikas. Arbeitsverhältnisse, Arbeitsmethoden und Sozialpolitik in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von Dr. Fritz Tänzler. 180 Seiten Groß-Oktav. Kartoniert 4,20 Mk. In Ganzleinen band 5,60 Mk. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61.

Auf Grund eigener Untersuchungen in der Vereinigten Staaten gibt der Verfasser ein nach „praktischen Bedürfnissen" zusammengestelltes Bild über „Sozialpolitik" des Landes und deren Einfluß auf den Wirtschaftsgang. Er untersucht planmäßig den Anteil, den die Einführung der menschlichen Arbeitskraft als Faktor in dem Wirtschaftsprozeß an dem wirtschaftlichen Aufstieg Amerikas hat.

Das Busch schildert nach einer Skizzierung der besonderen Lage des Landes sowohl die Beziehungen des einzelnen Arbeiters im Betriebe zum Arbeitgeber, als auch die Politik und Tendenzen der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, die Methoden und Wirkungen ihrer Zusammenarbeit, die Gewinnbeteiligung und Aktienbeteiligung des Arbeiters, die Wohlfahrtseinrichtungen, die „sozialpolitische Gesetzgebung", die darin besteht, daß das Dollarkapital die Einwanderung beschränkt und so „die Löhne steigert (!), die Lohnpolitik, die Betriebsverfassung usw.

Verfasser schildert die Gewerkschaften und die Unternehmerorganisationen; ihr „sozialpolitisches Wirken ist dasselbe, sie ziehen beide an einem Strang. „Der Amerikaner ist auch ein guter Psychologe . . . (oft passiert es daß) der Generaldirektor den Arbeiter begrüßt: „Holloh, Georges, how ave gou?" („Halloh, Georg, wie gehts?") Gewiß, nur eine Aeußerlichkeit, hinter der keine innere Anteilnahme steckt . . . Hier macht sich eine gewisse freundliche Illusion geltend, die über manches hinweg hilft" (Seite 18—19). „Dem Verhältnis fehlt der vergiftende Unterton des Klassenkampfes . . . ." (Seite 166). Und diese „Wirtschaftsdemokratie" zu fördern, scheint die einzige Aufgabe der amerikanischen freigelben Gewerkschaften.

Das Buch hat für den kritisch lesenden Arbeiter einen Wert als Materialquelle. Verfasser schildert Gewerkschaft und Unternehmer wie sie sind und ist, wie die deutschen Gewerkschaftsreisenden, begeistert von allem was er sah und empfiehlt es zur gefl. Nachahmung. Aber zwischen den Zeilen lugt die graue Wirklichkeit, die Hölle für die Proletarier, hervor.

im März, die Walzwerkproduktion um 3,3 Prozent. **Die Kokserzeugung** ist von März auf April um 6,8 Prozent, die **Steinkohlenförderung** um 2,7 Prozent gesunken. Nur die Braunkohlenförderung ist unverändert geblieben. Wenn man berücksichtigt, daß besonders in den Grundstoffindustrien größere Produktionseinschränkungen eine Erhöhung des Kostensatzes je Produktionseinheit bedingen, so darf man aus dem Umfang der Produktionssenkung wohl annehmen, daß es sich hierbei **nicht allein um eine Zufallsschwankung** handelt. In den Industrien der Nichteisenmetalle scheint sich der Geschäftsgang etwas günstiger entwickelt zu haben. So ist zum Beispiel die arbeitstägliche Produktion von Rohzink und von Hüttenweichblei im April leicht gestiegen. Dabei ist freilich zu beachten, daß die inländische Produktion nur etwa 40 bis 50 Prozent des Bedarfs an diesen Metallen decken kann. Eine Bedarfsverminderung wird sich daher in erster Linie in der Einfuhr bemerkbar machen. Die Zinkeinfuhr ist, obwohl sie sich immer noch auf hohem Stande bewegt, von März auf April um 4,8 Prozent, die Bleieinfuhr um 18,4 Prozent gesunken. Ueber die Erzeugung der Metallwalzwerke liegen noch keine Angaben für den Monat April vor. Im März hatte sich eine geringe Senkung der Produktion ergeben. Soweit aus Einzelberichten erkennbar ist, dürfte sich die Lage im April nicht wesentlich geändert haben. Für die metallverarbeitende Industrie sind Produktionszahlen noch nicht erhältlich. Der Auftragsbestand scheint jedoch leicht zu sinken. So ist vor allem in der Eisen- und Stahlwarenindustrie, in der Emailleindustrie, in einzelnen Teilen der Fahrzeug- und Maschinenindustrie und bei den Werften eine Verminderung der Beschäftigungsmöglichkeiten eingetreten. Die Rückgänge halten sich aber in engen Grenzen, so daß die Produktion im ganzen immer noch eine beachtliche Höhe haben dürfte.

In der **Textilindustrie** sind im April **Produktion und Auftragseingang weiter gesunken**. Der vom Institut für Konjunkturforschung errechnete Index der Textilproduktion hat den **tiefsten Stand seit Dezember 1926** erreicht. Der Auftragseingang in den letzten drei Monaten war, soweit die verfügbaren Zahlenunterlagen Aufschluß darüber geben, um rund 14 Prozent geringer als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Der Rückgang erstreckt sich auf fast alle Zweige der Textilindustrie. Auch in den letzten Wochen scheint sich die Lage nicht wesentlich verändert zu haben. Ueber die Papierindustrie liegen für den Monat April noch keine Produktionszahlen vor. Soweit jedoch aus Einzelberichten erkennbar ist, scheint sich der Geschäftsumfang im ganzen annähernd auf der im März erreichten Höhe, etwas unter dem Höchststand von Ende 1927, zu bewegen."

Diese trockene Feststellung des Zusammenbruches der Konjunktur bedeutet für das Proletariat erhöhte Entbehrungen durch Arbeitslosigkeit und Lohndruck und die Entlarvung der Lüge vom „Aufstieg" des Proletariats im „demokratischen" Kapitalismus.

Zechenstillegungen

Die Kölnische Volkszeitung, das führende rheinische Zentrumsblatt, bringt folgenden Bericht, aus dem hervorgeht, daß die von der staatlichen Zeche Recklinghausen eingeleiteten Bergarbeiterentlassungen von den Privatzechen munter fortgesetzt werden.

„Die Zechenstillegung macht leider weitere Fortschritte. Während die Zechenherren regelmäßig erklären, daß es sich um unrentable Anlagen handele, steht die Arbeiterschaft auf dem entgegengesetzten Standpunkte. So soll die Zeche Preußen II (Harpener Bergbau A.-G.) bei Lünen nach einer bis zum 15. Juli vorzunehmenden Belegschaftsverminderung um 600 Mann in 1 bis 1½ Jahren vollständig stillgelegt werden. Dem gegen diese Absicht erhobenen Protest des Betriebsrates, der 2000 Arbeiter vertritt, entnehmen wir folgende Einzelheiten: Seit 1926 ist die Zeche, die seit 1905 im Betrieb ist und eine tägliche Kohlenförderung von 2400 Tonnen aufweist, unter und über Tage auf das modernste ausgebaut worden, um eine tägliche Förderung in erhöhtem Maße aufnehmen zu können. Das vor etwa einem Vierteljahr beschlossene und in Angriff genommene Abteufen des Schachtes II bis zur neuen 4. Sohle ist vor einigen Tagen, wie auch sämtliche Gesenke zu derselben, eingestellt worden. Nach den Berechnungen der Markscheiden und Geologen hat die Zeche Preußen II in der 1. und 3. Sohle noch einen Kohlenreichtum von etwa 42 Millionen Tonnen. Dieser Kohlenreichtum würde bei einer Ausbeute von täglich 2400 Tonnen etwa 70 Jahre ausreichen. Durch Niederbringen eines der vorhandenen Schächte auf 800 bis 900 Meter Teufe würde ein Kohlenvorrat von über 200 Millionen Tonnen angetroffen werden. Die jetzige Teufe der Schächte beträgt bereits 600 Meter. Die Stillegung der Zeche Preußen II würde sich um so schwerer auswirken, als im Jahre 1926 die Schwesteranlage Preußen I (etwa eine halbe Stunde entfernt) zum Erliegen kam. Damals wurde den Arbeitern die Zusicherung gegeben, daß sie auf Preußen II untergebracht werden und daß diese Zeche für eine Stillegung nicht in Frage komme.

Man kann es nicht begreifen, daß zwei Jahre lang an dem ganz modernen Ausbau einer Zeche mit Volldampf und ungeheuren Kosten gearbeitet wird und daß plötzlich Unrentabilität festgestellt wird. Da fehlt es doch an der erforderlichen Urteilskraft entweder im Jahre 1926 oder im Jahre 1928. Wenn die obigen Mitteilungen des Betriebsrates zutreffen, ist der Schluß zulässig, daß 1928 den Tatsachen ein unerhörter Zwang angetan wird, um die Stillegung zu begründen. Auf der Generalversammlung des Bergbaulichen Vereins am 31. Mai erklärte der Geschäftsführer dieses Vereins: „Angesichts der Tatsache, daß dem Ruhrkohlenbergbau in den Jahren 1924 bis 1926 eine achtmalige Lohnerhöhung ohne jeden Preisausgleich aufgezwungen worden sei, die eine Mehrbelastung von über eine Milliarde an Löhnen erbracht habe, sei es nicht verwunderlich, daß während dieser Zeit nicht weniger als 19 Zechen zum Erliegen gekommen sind." Gegenüber dieser Darstellung muß doch hervorgehoben werden, daß die Oeffentlichkeit über die fortschreitenden Stillegungen in hohem Maße „verwundert" ist und ihre sachliche Berechtigung keineswegs in allen Fällen anerkennt."

•

Die Kohlenbarone spekulieren ganz richtig, wenn sie der kommenden „Linksregierung" die Verantwortung zu-schieben, und die Arbeiter auf die für „die Wirtschaft unerträgliche" Politik der Regierung verweisen, und ihre Hände in Unschuld waschen. Sie wissen, daß die „Linksregierung" das Proletariat besser in Schach halten kann, als die „Reaktion".

•

Düsseldorf, 5. Juni.

Die Mannesmann-Röhrenwerke, Abteilung Steinkohlenbergbau, beabsichtigen auf der Schachtanlage „Unser Fritz" die Entlassung von 1000 Bergarbeitern und 50 Angestellten. Wie verlautet, sollen die entsprechenden Verhandlungen mit dem Demobilmachungskommissar bereits eingeleitet worden sein.

•

Die Zechen des preußischen Staates, wo Gewerkschaftsbeamte im Aufsichtsrat und in der Direktion sitzen, haben bekanntlich auch die Entlassung von ein paar Tausend Arbeitern angekündigt. — Das sind die Folgen der Rationalisierung, die von den Gewerkschaften mit allen Mitteln gefördert wird.

Aus der Bewegung

Halle

Nachklänge zum Wahlkampf.

Die große Schlacht ist nun geschlagen. Die „KAZ." hat an anderer Stelle schon Stellung genommen, auch dazu, was jetzt kommen wird. —

Wir wollen einige Streifbilder von jenem heroischen Kampf geben, wie er sich in Halle und Umgebung abgespielt hat; d. h. in Halle ist zuviel gesagt. Hier hat die SPD. und die KPD. im Gegensatz sogar zu bürgerlichen Parteien es nicht gewagt, öffentliche Versammlungen mit Diskussion stattfinden zu lassen. Einige Wahlkundgebungen ohne Diskussion sind wir von der SPD. ja schon gewöhnt. Diese Partei kann sich, weil ihr allzuviel Dreck am Stecken hängt, solche Dinge nicht erlauben. Denkende, nur halbwegs aufgeklärte Proleten wissen, was sie von der SPD. zu erwarten haben. —

Daß aber auch die KPD. nicht gewagt hat, öffentliche Versammlungen in Halle selbst stattfinden zu lassen, spricht Bände für sich. Die Schweinereien der vergangenen KPD.-Reichstagsfraktion stinken zum Himmel. Bei öffentl. Versammlungen hätten wir den Tempelwächtern des Leninismus schon die Maske vom Gesicht gerissen. Das wäre der KPD. zu gefährlich gewesen, zumal sich auch hier am Orte eine verhältnismäßig starke Gruppe unentschiedener linker Kommunisten, gen. Leninbund, in der KPD. unliebsamer Weise bemerkbar gemacht hat.

So hat sich die KPD. als „einzige Vertreterin" der Arbeiterklasse nur zu einer „rote Wahlrevue" 1000 rote Fäuste, die allerdings nur gezeigt wurden, aber nicht zupackten —, und einer Wahlkundgebung aufraffen können. Es fängt schon langsam an, im Gebälk der KPD. zu knistern und die Proleten, die nicht von dem politischen Zusammenbruch der stalinschen Parlamentspartei getroffen werden wollen, verlassen fluchtartig die KPD. Daran ändert alles Geerde der Lademann — Schröder nichts mehr.

Wenn die Produktiv-Genossenschaft, der Konsum und die Ortskrankenkasse, in der fast nur KPD.-Mitglieder beschäftigt werden, nicht wäre, so wäre von der KPD. organisatorisch nicht viel mehr übrig. Diese Vetternwirtschaft hält den gesamten „Parteiladen" hier noch aufrecht. — —

Wir konnten also in Halle nicht in öffentlichen Versammlungen der „Arbeiterparteien" sprechen. Trotzdem ist es uns gelungen, in Versammlungen anderer Organisationen und auch auswärts zu den Arbeitern zu sprechen.

Die Anarchisten hatten zu einer öffentlichen Versammlung einberufen. Ihr Referent zeigte in einer Art, wie sie Professoren bei Vorlesungen eigen ist, den Proletariern die Unmöglichkeit der Benutzung des Parlaments als Kampfwaffe. Mit Zitaten von Weitling, Kropotkin, Most und Wilh. Liebknecht glaubte er bewiesen zu haben, daß das Proletariat ablehnen muß jedwede Organisierung der Kräfte, auch nach der Uebernahme der Macht, wie sie von den Marxisten in der Diktatur des Proletariats, als Uebergang zur klassenlosen Gesellschaftsordnung, gefordert wird. Gewalt schafft wieder Gewalt, sie wollten aber freie Menschen sein. — —

In der Diskussion sprach als erster anscheinend ein Nationalsozialist. Wenn die Arbeiter ihre Stimme nur solchen Parteien geben, die ehrlich gegen die Reaktion kämpfen, dann könnte die Reaktion „einpacken", war kurz gesagt, der Extrakt seiner Ausführungen. Als zweiter Diskussionsredner sprach wieder der Referent.

Dann sprach als dritter ein Genosse der AAU. Er zeigte auf, daß es nicht darauf ankommt, in philosophisch-materialistischer Art den Arbeitern über das Parlament zu referieren, sondern daß es darauf ankommt, zu zeigen, daß in der damaligen zahlenmäßigen und ideologischen Schwäche des Proletariats tatsächlich die Möglichkeiten gegeben war, mit Hilfe des Parlaments für das Proletariat kleine Vorteile zu erringen. Die ökonomische Veränderung des Kapitalismus, wie sie sich im Imperialismus vollzogen hat, erfordert naturgemäß andere Kampfmethoden vom Proletariat. Die proletarische Revolution ist, antiparlamentarisch, antigewerkschaftlich und antigesetzlich, ihr Weg geht über die Steigerung wirtschaftlicher Massenaktionen zu politischen Machtkämpfen, unter gleichzeitigem Kampf um die wirtschaftl. Macht, über die Diktatur des Proletariats zur klassenlosen Gesellschaftsordnung. Die moderne Kampfwaffe des Proletariats sind die rev. Räte und rev. Aktionsausschüsse, ihr Fundament die Betriebsorganisationen.

Als nächster sprach wieder der Referent. — Auf die Ausführungen unseres Genossen erwiderte er, ob es richtig oder falsch war, daß das Proletariat mit Hilfe des Parlaments um die Jahrhundertwende herum, Verbesserung seiner Lebenslage erhoffen, daüber wolle er nicht streiten, die Frage lasse er offen. Im übrigen wiederholte er die Ausführungen, die er im Referat über die Diktatur des Proletariats gemacht hatte. —

Dann sprachen noch ein „Organisationstöter", ein Genosse der Union und ein Syndikalist, der mit seinen Ausführungen anscheinend das Schlußwort hatte. —

Die Ausführungen des Referenten der KPD. in einer öffentlichen Versammlung in Gröbers wiederzugeben, lohnt nicht, sie waren das übliche, unseren Genossen ja bekannte Gerede über die Schlechtigkeit der Bürgerlichen, die zu einem neuen Kriege gegen die „Sowjet"-Union rüsten, und den Verrat der SPD., die das alles unterstützte. Kein Wort über die „Nützlichkeit" des Parlaments für das Proletariat. „Wir versprechen nichts." Hinein ins Parlament, jede Stimme der KPD. — —

Ein Genosse der Union zeigte an den Beispielen des Verrats der SPD. — an dem grandiosen Verrat der KPD. beim Republikschutzgesetz, Mieterschutz- und Knappschaftsgesetz und der Arbeiter- und Bauernregierung in Sachsen auf, daß eine Partei, die sich am Parlament beteiligt, sich nicht den, dem Parlamentarismus innewohnenden Tendenzen entziehen kann. Daß eine solche Partei ganz naturnotwendig im Sumpf des Reformismus und parlamentarischen Betrugs versinken muß. Das Proletariat muß die Lehren aus der Vergangenheit ziehen, muß zerschlagen den Parlamentsspuk, muß schaffen die den modernen Verhältnissen entsprechenden Waffen.

Nachdem noch ein Genosse der Union den Charakter der Räte und ihre Aufgaben im Gegensatz zum bürgerl. Parlament erklärt hatte, erhielt der Referent das Schlußwort.

Er vollführte einen Eiertanz um die von unseren Genossen aufgeworfene Fragen. Besonders interessant versuchte er das Verhalten der KPD. bei der Abstimmung des Republikschutzgesetzes zu rechtfertigen. **„Das Republikschutzgesetz wurde von der KPD. abgelehnt, das haben die Genossen der Union ja festgestellt,** sagte er, **aber das Beamtendisziplinargesetz mußte von uns bewilligt werden. Reichswehr und Schupo waren von reaktionäre Elementen durchseucht, diese mußten beseitigt werden, damit an deren Stelle Sozialdemokraten kämen, die nach einem halben Jahr schon bewiesen hätten, daß sie nichts anderes tun können wie die reaktionären Elemente.** Auf einen Zwischenruf unserer Genossen, daß wegen dieser „Entlarvung" das Republikschutzgesetz angenommen wurde und die KPD. zugleich mitschuldig daran sei, war er sehr verlegen und hatte Mühe und Not, sein Schlußwort unter Dach zu bringen. Diese Versammlung zeigte klar und eindeutig:

Der Weg des Leninismus führt zur SPD.!

Der Lenin-Bund hatte zu einer öffentlichen Versammlung in Halle aufgerufen. An Hand der Dinge, die die KAP. schon vor Jahren gesehen resp. vorausgesagt hatte, versuchte der Referent die Notwendigkeit des Leninbundes zu beweisen.

Ein Genosse der KAP. bewies in seinen Ausführungen die Unmöglichkeit der vom Referenten aufgestellten Forderungen des Leninbundes an die KPD. und die 3. Internationale. Er stellte fest, daß diese „Fehler" nicht auf die unfähigen Stalin u. Co. zurückzuführen seien, sondern auf die theoretischen Halbheiten des Leninismus überhaupt. Der Weg den Heym und der „Volkswille" in Suhl gegangen sind, ist die konsequente Fortsetzung der Leninistischen Linie. Der Weg des Leninismus führt zur SPD. — —

Der Referent war völlig geschlagen und überließ den Genossen des L.-B. in Halle die Beantwortung dieser Fragen, indem er die Genossen aufforderte, mit der KAP. gemeinsam diese Fragen in einer Mitgliederversammlung beider Organisationen zu diskutieren. Wir haben die Genossen des Leninbundes beim Wort genommen und sie zu einer am 15. Juni stattfindenden Versammlung schriftlich eingeladen. An der Stärke unserer Argumente wird es liegen, zu beweisen, daß nur der Weg der KAP. und AAU. zur proletarischen Revolution führt. —

Oesterreich

Zwischen der Gruppe der Wiener Sympathisierenden der KAP. und einer trotzkistischen Gruppe, die sich von der Frey-Opposition abgespalten hat, fand an zwei Abenden eine Diskussion statt. Obwohl die Stinkbombe der Leninbundpolitik schon geplatzt war, das Ueberlaufen zur KPD. und SPD. etc. schon bekannt, hielten die Wiener Trotzkisten an der Politik ihrer Berliner Vorkämpfer fest. Ebenso leninistisch gelehrt wie politisch naiv, äußerten sie die Ansicht, daß Maslow und Ruth auf den Linkskurs Stalins **hereingefallen** und deshalb übergelaufen sein dürften, und daß man den Leninbund konsolidieren und in echt leninistischem Geiste weiterführen muß, gegen Stalin, aber für Rußland. Gegen unsere Aufklärungen über die Schieberpolitik der Maslowiken, deren Halbopposition immer nur auf Futterkrippen ausgegangen ist, versperrten sich die Genossen nicht, um so mehr aber gegen unsere Ablehnung des Trotzkismus und des Leninismus überhaupt. Ihr Programm geht dahin, die kapitalistische Entwicklung in Rußland zu drosseln und die europäische Revolution zu fördern und zwar durch Bekämpfung Stalins und Auf-den-Thron-Setzung Trotzkis. Unbedingt muß Sowjetrußland vom Weltproletariat verteidigt werden.

Unsere Genossen setzten auseinander, daß zwischen Stalinismus und Leninismus kein Unterschied besteht, daß für die Niederschlagung der Aufstände in Sachsen, Hamburg usw. der „echte Leninismus" verantwortlich ist, daß Rußland als zurückgebliebenes Land keine andere als bürgerliche Politik machen kann, daß es auf die Unterstützung durch die Weltbourgeoisie angewiesen ist, daher das Weltproletariat verraten muß. Hinter der Phrase von der Verteidigung des Arbeitervaterlandes verbirgt sich der neue Weltkrieg, den der verbündete deutsch-russische Imperialismus für den „Kommunismus" führen will, ähnlich, wie 1914 für die „Demokratie" gekämpft wurde. Nicht Hoffnung auf innerrussische Reformen, die aussichtslos ist, nicht Stalin oder Trotzki, sondern Emanzipation des Weltproletariats von der konterrevolutionären russischen Führung, Schaffung eigener revolutionärer Organisationen, die allein aus den Notwendigkeiten des europäischen Klassenkampfes heraus arbeiten können. Das Weltproletariat darf nicht länger in den russischen Staatskarren eingespannt werden. Eingehend wurde die reaktionäre Außenpolitik Rußlands in Deutschland, Litauen, Türkei, China, Afghanistan usw. beleuchtet. Wäre Rußland ein Land proletarischer Diktatur, so würde dem König Amanullah nicht das Gehirn Lenins gezeigt werden, sondern der Arsch Lenins.

Die Diskussion war äußerst angeregt, zu einer Einigung kam es nicht, doch waren unsere Ausführungen jedenfalls sehr aufklärend.

Organisatorische Mitteilungen

KAP. Groß-Hamburg.

Eimsbüttel. Montag, den 11. Juni öffentlicher Diskussionsabend, Lokal Knappert, Fruchtallee 115. Tagesordnung: Was lehren die Wahlen? Was wird aus dem Leninbund?

Arbeitsausschuß.

Bezirkskonferenz der AAU. Ruhrgebiet.

im **Lokal Weber, Essen, Postallee**

Sonntag, den **17. Juni, vorm. 9 Uhr.**

Tagesordnung: 1. Die bewegliche Taktik. 2. Organisation. 3. Kassenbericht.

Ortsgruppen, die ihren Pflichten der Organisation gegenüber nicht nachkommen, können nur als Gäste teilnehmen. Schriftliche Mandate und Mitgliedsbücher als Ausweis erforderlich!

BAA. der AAU. Ruhrgebiet.

Chemnitz.

Zur Beachtung! Die „KAZ." ist nunmehr in der Bahnhofsbuchhandlung im Südbahnhof erhältlich und ersuchen wir die Genossen und Sympathisierenden, dieses breitest bekanntzumachen.

Vierzehntägig Sonnabends, abends 8 Uhr, finden unsere **öffentlichen Diskussionen** im Gasthaus „Zur Linde" (Theaterplatz) statt. Die nächsten: Sonnabend, den 9. Juni und 23. Juni.

KAP. — AAU.

Todesanzeige.

Am 7. Juni, morgens 4 Uhr, verstarb infolge Unglücksfalles im Virchow-Krankenhaus unser Genosse Georg Strübing im Alter von 29 Jahren. Genosse Strübing, der verantwortlicher Redakteur der KAZ. war, war seit 5 Jahren Mitglied der KAP. und AAU. und ein tüchtiger Parteiarbeiter und guter Genosse. Die Zeit der Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

3. und 4. Unterbezirk.

Unentbehrliche Waffen für jeden klassenbewußten Arbeiter im Kampfe gegen die gewerkschaftlich-parlamentarische Konter-Revolution sind

Die KPD. im eigenen Spiegel . . . **0,75 Mk.**
Der Bonzenspiegel . . . . . . **0,80 Mk.**

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Achtung! **Achtung!**

Jeder Genosse hat das Bestreben, nicht nur die SPD., sondern insbesondere die heuchlerisch-leninistische KPD. restlos zu entlarven. Wer das will, der beziehe umgehend die Broschüre:

„Die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und die Genfer Konferenz.

Amtliche Dokumente der Sowjetregierung.

Herausgegeben von dem Verlag des Herrn Prof. **Hötzsch**, deutschnationales Mitglied des bisherigen Reichstages und Redakteur der junkerlichen „Kreuzzeitung".

Die Deutschnationalen Arm in Arm mit der Granatenpartei.

Jeder Genosse kann den Beweis führen, indem er die obengenannte beweiskräftige Broschüre zum Preise von 1,40 Mk. durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Gustav Lange, Berlin O 112, Voigtstraße 112. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 40 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 16. Juni 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42 Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Koalition

Der Ausdruck der Arbeitsgemeinschaft

Der Weg der Sozialdemokratie zur Koalitionspolitik ist kein Zufall, sondern eine notwendige Konsequenz des Uebergangs vom Klassenkampf gegen das Kapital zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital. An die Stelle des Kampfes für die Arbeiterklasse ist der Kampf für das „arbeitende Volk" getreten, das wieder im Staat verankert ist. Der Staat ist nicht mehr der Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse gegen das aufsteigende Proletariat, sondern er ist der rettende Engel geworden, mit dessen Hilfe die herrschende Klasse zu einer „vernünftigen" Form der Arbeitsgemeinschaft, zu einer „sozialen" Ausübung der Herrschaft gezwungen werden sall. Nicht die Ueberwindung der Bourgeoisie, sondern die Teilung der Macht mit der Bourgeoisie ist nach dem Programm der Sozialdemokratie die Aufgabe der Arbeiterklasse

Dies kommt auch ganz klar in dem Wechsel des Programms zum Aysruck. Die taktischen Forderungen des Erfurter Programms zur Ueberwindung des deutschen Absolutismus werden zum Fundament der Einrichtung im Gegenwartsstaat, der sozusagen die legale Brücke zum Sozialismus bilden soll. Der Ausblick auf den Sozialismus selbst ist nur noch eine leere Verbeugung vor der Vergangenheit, weil im ganzen Programm niemals der Boden der Arbeitsgemeinschaft verlassen wird. Sie ist das innerstaatliche und das überstaatliche Ideal. Die Sozialdemokratie hat bewußt aufgehört, eine Partei des Industrieproletariats zu sein. Sie zieht bewußt den gesamten Mittelstand, das Kleinbürgertum, als intellektuell übergelagerte Schicht heran, um aus ihm die Funktionäre für die Machtverteilung im Staat zu stellen. Sie sind die gekauften Sozialisten, welche die „mangelnde Reife" der Arbeiterschaft für die Arbeiten im bürgerlichen Staat ersetzen sollen. Akademiker und ehemalige Proletarier in gehobener Lebensstellung sind die Führer dieser Bewegung. Das, was Bebel als Entwicklung des Revisionismus im Jahre 1903 auf dem Dresdener Parteitage aufgezeigt hat, ist nicht nur Wirklichkeit geworden, sondern die Partei ist noch weit darüber hinausgegangen. Der Revisionismus wollte eine Arbeiterpartei mit intellektueller Spitze. Die heutige SPD. hat das Kleinbürgertum en masse aufgenommen und es zum die Partei beherrschenden Faktor gemacht. Der Aufstieg der Sozialdemokratie ist nicht auf eine stärkere Erfassung der Arbeiterschaft zurückzuführen, sondern auf eine bewußte Aufnahme und Durchsetzung der Partei mit kleinbürgerlichen Elementen. Die SPD. ist ein Sammelbecken für alle mit bürgerlichen „Freiheits"ideen aus wirtschaftlichen und persönlichen Motiven Behafteten des deutschen Bürgertums. In ihr tobt sich der deutsche Liberalismus aus. Die offizielle Demokratie ist gesättigt. Sie hat ihre kapitalistische Erfüllung erreicht und hat es nicht mehr notwendig, Geschäfte mit Kulturliberalismus zu machen. Die heutige Staatsform zwingt sie nicht mehr zur Opposition. Deshalb war es auch ein außerordentlich geschickter Schachzug, als die Sozialdemokratie dem Kleinbürgertum auch offiziell die Tore öffnete und die „Roten" zu salonfähigen Staatsbürgern machte. Die sog. Novemberrevolution und die auf sie folgenden revolutionären Kämpfe trieben das Kleinbürgertum der Sozialdemokratie zu, weil sie ihm als die einzige Retterin vor dem „Bolschewismus", der Untergang des Kleinbürgertums bedeutete, erschien. Damals strömten die Arbeiter aus der Sozialdemokratie in die USP. und KPD. Gerade deshalb war der Bruch mit der revolutionären Ideologie eine Notwendigkeit, um die Partei zu erhalten.

Ohne die verbrannten Vorkriegsversammlungsreden und ohne die Preisgabe programmatisch revolutionärer Kampfeseinstellung hatte man niemals die führerlos hin und herschwankende indifferente Masse des Kleinbürgertums heranziehen können.

Deshalb war auch das Görlitzer Programm kein Zufallsprodukt, sondern eine Notwendigkeit, die sich aus der nachrevolutionären Entwicklung der deutschen Machtverhältnisse ergab. Durch den Bruch mit der revolutionären Arbeiterschaft, der nach der Kriegsbeendigung sich offen vollzog, mußte die SPD. aus Selbsterhaltungstrieb aufhören, Arbeiterpartei zu sein. Die einzige Hilfe im Kampf gegen die alten herrschgewohnten Schichten der Bourgeoisie fand sie bei den Kleinbürgern, weil die Arbeiterschaft den revolutionären Weg wählte. Das Kleinbürgertum konnte sie nur an sich fesseln, wenn sie tatsächlich Machtpolitik im Gegenwartsstaat trieb.

(Schluß Seite 2.)

Das Programm der „Linksregierung"

Verschärfte Knebelung des Proletariats

Durch alle Stürme der kapitalistischen Krise hindurch, durch Krieg und Revolution, durch Inflation und neuen Krieg, durch Fememordpatriotismus und Arbeitslosigkeit, durch Zuchthaus und Rationalisierung hat sich die deutsche Bourgeoisie auf den Felsen der Stabilisierung gerettet, umbrandet von den Wogen des Elends ihrer Lohnsklaven, dem Schrei der verhungernden Arbeitslosen, dem Fluch der Kriegskrüppel und dem Murren der am „laufenden Band" zur Verzweiflung Getriebenen. Die Demokratie hält die Proletarier mit tausend Ketten gefangen. Die Klassenjustiz hat ihre Bibel vervollständigt und fein säuberlich alle Paragraphen gezimmert, die für eine völlige Knebelung der Rebellen das gute „Recht" der Bourgeoisie dokumentieren. Das Schiff der Bourgeoisie ist klar. Ausgerüstet mit allen Erfahrungen der Vergangenheit sucht sie dem Chaos von neuem zu begegnen und der Rebellion ihrer Sklaven, die sie nicht mehr ernähren kann, Herr zu werden. Alle Mann an Deck! — Die Feinde der Arbeiterklasse treten wieder in offener Front vor das Proletariat.

Proletarier! Wollt ihr den Sinn eines grandiosen Aufwandes von „Theorie" und Phrase für und gegen die „große" und „kleine Koalition" begreifen, so macht euch den Sinn des Geschwätzes der Parteien und Organisationen durch deren Praxis in der Vergangenheit klar. Was seht ihr da, so eindeutig, so brutal, so klar, daß jeder Zweifel ausgeschlossen ist?

Ihr seht, daß unter einem Gewitter von Phrasen und Bergen von Zeitungspapier die Wahrheit begraben werden soll, um euch den Sinn des Tuns eurer Klassenfeinde zu verbergen und euch blind zu machen für die eigenen Aufgaben.

Welches ist die Rolle der Sozialdemokratie? Sie hat im Kriege an der Seite der Bourgeoisie und ihres verblödeten Militarismus gegen das Proletariat gefochten und hat an Gemeinheit und Niederträchtigkeit, an stinkendem Patriotismus und Verrat am Proletariat alles in den Schatten gestellt, was je in dieser Hinsicht vollbracht ward. Sie hat mit gemeinem Zynismus alle Anstürme des revolutionären Proletariats durch List und offene Brutalität unterbunden. Sie hat sich im Kriege, wie der Magdeburger und Münchener Prozeß erneut bewiesen, in die illegalen Streikleitungen gedrängt, um die Sklaven besser verraten zu können, und hat offen alle revolutionären Elemente ihren Auftraggebern, der Bourgeoisie, denunziert, damit sie rechtzeitig im Feuer der vordersten Linien erledigt werden können.

Sie hat nach dem Kriege die Landsknechte organisiert, die die Künder der Wahrheit und die Mahner des proletarischen Gewissens mordeten. Sie hat durch ihre Noske und Severing das Proletariat entwaffnen, seine kommunistische Vorhut massakrieren lassen, hat mit einem Worte an der Seite der Bourgeoisie gefochten mit einem Eifer und Geifer, wie dies nur Renegaten eigen ist.

Sie hat der Groß-Bourgeoisie geholfen, sich in der Inflation die Scheffel zu füllen und sich, getreu ihren „Grundsätzen" in übelstem Nationalismus überschlagen. Sie hat um die Fememordseuche gewußt und hat sie gedeckt. Sie hat anläßlich der Bewaffnung der weißen und schwarzen Reichswehr durch Rußland geschwiegen. Sie hat das niedergetretene Proletariat zu Ueberstunden gepeitscht und sie hat die famose Schlichtungsordnung geschaffen. Sie hat die Rationalisierung begrüßt und gefördert und geholfen, die Arbeiterklasse der trockenen Guillotine auszuliefern durch Abschluß von Zwangstarifen, die für die Mehrzahl der wichtigsten Arbeiterkategorien bis in den Sommer 1929 laufen. Wie sie der Bourgeoisie half, das Proleariat niederzuhalten, war für sie stets eine Zweckmäßigkeitsfrage. Wenn zweckmäßig, machte sie in „Opposition", wenn nötig, in „positiver Mitarbeit und Verantwortung".

Jetzt steht das Proletariat vor den realen Ergebnissen dieser Demokratie in den letzten zehn Jahren; und vor der eindeutigen Perspektive der nächsten Etappe der kapitalistischen Entwicklung. Was sehen wir da?

Wir sehen ein Millionenheer von Erwerbslosen — und eine zusammenbrechende Konjunktur. Wir sehen eine Preisrevolution von erschreckend stetigem Tempo — und die Zwangstarife, in die das Proletariat geschmiedet ist. Wir sehen die neue Welle der Rationalisierung — denn allein in Amerika machte die kapitalistische Weltkrise fünf Millionen Arbeiter überflüssig, und das amerikanische Kapital rüstet zu erhöhtem Konkurrenzkampf auf den Märkten. Eine Schraube ohne Ende, die die Klassengegensätze notwendig immer weiter aufreißen muß. Die Groß-Bourgeoisie sucht durch ungeheure Profite sich zu entschädigen für kommende „schlechte Zeiten". Sie legte ganze Industrien still, wie der Streik in der Rheinschiffahrt beweist, weil sie weiß, daß ein ausgehungertes, geschwächtes, verzweifeltes Proletariat die Voraussetzung dafür ist, um auf lange Sicht den Kampf um „den Platz an der Sonne" durchführen zu können. Der deutsche Imperialismus hat das deutsche Proletariat an allen Flanken gepackt, hat es durch die Gewerkschaften einer staatlichen Kasernierung unterworfen, läßt es durch seine Gewerkschaftsdisziplin auf seine Verfassung schwören und die Einhaltung der Zwangstarife ist die Einhaltung von heiligen Befehlen, die Einhaltung von Kriegsartikeln geworden. Die Bourgeoisie hat gut gerüstet. Alles ist in bester „Ordnung". „Volldampf voraus" lautet ihre Parole.

Ueberlegt einmal, Proletarier: Hat es jemals eine kritische Situation **für die Bourgeoisie gegeben**, in der die Sozialdemokratie **nicht** eingesprungen ist? **Nein!** Auch daß sie jetzt nicht rasch genug Deckung hinter den Barrikaden der Bourgeoisie finden kann, hat seine Ursache darin, daß die Basis „zwischen den Klassen" zu schmal geworden ist. Eine Partei, die nur ein Ziel kennt: die Erhaltung des Kapitalismus, damit sie selbst erhalten bleibt, darf um ihrer selbst willen nicht zögern, rechtzeitig Deckung vor dem Proletariat zu suchen. Die Sucht der Bürokratie nach Aemtern und Würden tut das übrige, um aller „Verantwortungslosigkeit" den Krieg zu erklären, und die Verantwortung — **gegenüber dem Kapitalismus** zum Programm zu erheben. Die Front gegen das Proletariat ist von neuem geschlossen, so lückenlos, so raffiniert, daß nur ein Blinder nicht sehen kann, daß die Arbeiterklasse wieder unvorbereitet einem ungeheuren neuen Aderlaß ausgeliefert werden soll.

Wollt ihr das, Proletarier? Das wollt ihr nicht, und könnt ihr nicht wollen. Aber ihr seid in den verderbenbringenden Illusionen der Vergangenheit verstrickt, seid euch über euer eigenes Beginnen nicht im klaren, könnt an soviel Gemeinheit nicht glauben, trotzdem ihr soviel Gemeinheit erlebt habt; ihr träumt von einer Wiederkehr vergangener Zeiten und davon, daß „Einigkeit" an sich euch vorwärtsbringen, das schlimmste abwenden könne, und ihr habt von neuem die eigenen Henker gewählt, und schon durch die Betätigung im parlamentarischen Sinne euch selbst in Fesseln geschlagen; weil **jede** parlamentarische Partei staatserhaltend wirken muß, ob „links" oder „rechts". Die „Einigkeit" in diesem Sinne ist immer die Einigheit mit den Agenten der Bourgeoisie und damit der Bourgeoisie selbst.

Diese Einigkeit müßt ihr brechen! Die Demokratie der Siemens und Borsig, der Klöckner und Thyssen ist **nicht** eure Demokratie! Der Staat der kapitalistischen Ausbeuter ist **nicht** der Staats des Proletariats. Das deutsche „Volk" ist das Volk der Ausgebeuteten — und seiner Feinde, der Ausbeuter, gegen die es nur Kampf geben kann, unerbittlichen Kampf. Die Zwangstarife sind **Sklavenverträge**, und der Sklave, der freiwillig sein Joch auf sich nimmt, kann nicht befreit werden. **Sie zu zerreißen**, sie den Ausbeutern vor die Füße zu werfen, ist die erste Pflicht des deutschen Proletariats, wenn ihm der Kampf um die neue Welt nicht eine Phrase sein soll, an der es sich nur berauscht, um das eigene Elend, und die eigene Ohnmacht zu vergessen.

Die offene Kriegserklärung gegen eure Feinde wird auch alle anderen „Freunde" entlarven. Wenn das Proletariat endlich erkennt, daß seine Macht und seine Kraft in der **tatsächlichen** ideologischen und organisatorischen Formierung als Klasse liegt, wird auch die „revolutionäre" Sozialdemokratie, die KPD., sich offen entlarven. Sie ist es, die gegen „die Koalition" schreit, und die Preußenkoalition ermöglicht, wie sie ja immer das „kleine Uebel" wählt. Sie ist es, die die Proletarier in die reaktionären Streikbruchgewerkschaften treibt, und dadurch die wirkliche Koalition mit der Bourgeoisie, die Zwangskasernierung des Proletariats im kapitalistischen Klassenstaat erst ermöglicht.